

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Bote". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35,- M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenhand bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,- M., für das übrige Ausland 87,- M.

Die Abgabe eines Nonpareilhefte über deren Raum kostet 18,- M., einschließlich Inzeratsteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,20 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Inzeratsteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gelände 12,- M., netto pro Zeile. Stellen-Gelände in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Verlagspreis Zentrum 152 30-152 30

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kämpfe im Rathaus

Von Ernst Reuter

Mit Mühe und Not ist es dem Berliner Magistrat bei der letzten Abstimmung gelungen, für seine Deckungsvorlagen eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu finden, die von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei reichte. Die heftigen Kämpfe, die diese Deckungsvorlagen auslösten im Zusammenhang mit der wuchtigen Demonstration der Berliner städtischen Arbeiter lenken erneut die Aufmerksamkeit auf die ungeheuren Schwierigkeiten, in denen sich heute die Gemeinden mit ihrer ganzen Finanzpolitik befinden. Vom Reiche eingeschürt, jeder finanziellen Selbständigkeit entweder durch die Gesetzgebung oder durch die zweifellos absichtliche Sabotage der Verwaltungsbürokratie beraubt, sehen sich die großen Gemeinden immer steigenden Aufgaben und immer steigenden Ausgaben gegenüber, die gelöst werden müssen und für deren Lösung die Mittel bei unserer heutigen Reichspolitik auf direktem steuerlichen Wege durch die Gemeinden nicht aufgebracht werden können. Der neue Berliner Etat, dessen einzelne Ziffern wir hier noch besprechen werden, bringt sehr instruktive Belege für die ganz unhaltbar gewordene Situation der Städte, die durch die neuere Entwicklung jeder wirklichen Selbstverwaltung beraubt und kaum noch lebensfähig geblieben sind.

Nur in diesem Zusammenhang kann man verstehen, weshalb der Kampf um die sogenannten Deckungsvorlagen ein so heftiger ist. Die städtischen Werke sind mit ihrem ganzen Ertrag, mit Ausgabe und Einnahme in den städtischen Etat eingestellt. Entgegen allem Geschrei von sozialistischer Miß- und Deszivilwirtschaft ergeben sie immerhin beträchtliche Ueberschüsse, bis auf die Straßenbahn, bei der die Verhältnisse besonders liegen. Die Finanzpolitik der Stadt ist darauf gerichtet, diese Ueberschüsse dem Etat nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu steigern. Deswegen bei jedem Anwachsen der Ausgaben neue Vorlagen, deren fiskalischer Charakter immer hinter dem üblichen Grundsatz versteckt wird, daß die Werke rentabel erhalten werden müssen. Es ist in der Stadtverordnetenversammlung üblich geworden, daß diese Vorlagen des Magistrats ohne jede Menderung angenommen werden, trotzdem die dazu gebotenen Unterlagen nie zur objektiven Beurteilung der wirklichen Finanzlage ausreichen.

Unsere Fraktion hat im Berliner Rathaus immer den Standpunkt vertreten, daß wir zwar die städtischen Werke gewiß der Stadt erhalten müssen und infolgedessen für ihre Rentabilität eintreten, daß sich aber hinter diesem an sich richtigen Satz nicht eine indirekte Besteuerung der Konsumenten zugunsten des Stadtkassens verbergen darf. Dieser Weg, den die Sozialdemokratie bezeichnenderweise von allen Parteien am konsequentesten gegangen ist, indem sie immer für jede vom Magistrat vorgeschlagene Neubelastung eintrat, ist heute vollkommen ungangbar, da die Grenze der Leistungsfähigkeit der Konsumenten unter den sich überstürzenden Preiserhöhungen erreicht ist.

Die Rechtssozialisten haben entgegen ihren eigenen Angehörigen im Rathaus nach dem bewährten Grundsatz "Halte den Dieb" es für nötig befunden, im "Vorwärts" die Politik unserer Fraktion in Grund und Boden zu verdammen. Sie hatten den Geschmack, letzten Endes die Schuld an den traurigen Vorgängen bei der Demonstration uns in die Schuhe zu schieben, weil wir nicht rechtzeitig genug für die Bewilligung des Schiedspruchs und der Deckungsvorlage gesorgt hätten.

Nun ist es an sich schon sachlich überhaupt nicht zu rechtfertigen, daß der Magistrat immer wieder ausgerechnet bei Vohnerhöhungen der Arbeiter und Angestellten Tarifserhöhungen beantragt und von ihrer Annahme die Genehmigung der Vohnerhöhungen abhängig macht. Bei den Bucherpreisen, die die Industrie, die sich nie durch Verträge bindet, fast täglich steigert, werden niemals Deckungsvorlagen eingereicht. Da rechnet man eben mit den neuen Preisen als mit gottgegebenen Tatsachen, die man hinnehmen muß. Nur wenn angesichts der steigenden Forderung die Lohnarbeiter nicht mehr auskommen können, dann wird unter großem Jammergeschrei und lebhaftem Hinweis auf "verantwortungslose Gesellen", auf "Opposition um der Opposition willen", die Sozialdemokratie hat sich dabei auf den absoluten Bewilligungspunkt gestellt. Sie nimmt entgegen, was ihr dargereicht wird, sei es Liebes oder Leides. Wäre

es nach ihr gegangen, dann wäre auch die letzte Deckungsvorlage des Magistrats nach einigen schönen wehleidigen Reden über den Jammer anseiner Zeit unverändert angenommen worden.

Glücklicherweise kam es anders. Der sachlich begründete Widerstand unserer Fraktion hat doch seinen Eindruck nicht verfehlt. Nicht nur die Straßenbahnvorlage mußte fallen. Auch bei der Gasvorlage ging es anders. Und auf einmal entdeckt auch der "Vorwärts" an unseren Anträgen für eine Verbilligung der Kohlenkaufes etwas Gutes und er schreibt von "erfreulichen Zugeständnissen", die der Magistrat gemacht habe. Der Magistrat würde es mit seinen finanziellen Vorlagen viel leichter haben, wenn er sie nicht nur besser vorbereitete, sondern wenn er auch die Anregungen, die ihm aus der Versammlung gegeben werden, anders berücksichtigte. Wir werden abwarten, was aus unserem Antrag, der minderbemittelten Bevölkerung das Gas zu billigerem Preise zu überlassen, werden wird. Unsere Fraktion hatte klar und deutlich erklärt, daß von der Annahme dieses Antrages unsere Haltung zur Gesamtvorlage abhängen würde. Wir würden unsere Aufgabe als Arbeiterpartei sehr schlecht erfüllen, wenn wir nicht immer wieder unseren ganzen Einfluß zugunsten der unter der Teuerungslast fast zusammenbrechenden ärmeren Bevölkerung in die Waagschale werfen würden.

Es würde dem geschlossenen Auftreten der Arbeiterschaft sicher viel dienlicher sein, wenn der "Vorwärts" sich bei der Beurteilung der Haltung unserer Fraktion von seiner parteidemagogischen Einstellung freimachen würde und wenn die Sozialdemokratie ebenfalls mit uns zusammen ihre Aufgabe nicht nur in kritikloser Bewilligung alles dessen, was von oben kommt, sehen würde, sondern energisch für die Entlastung der minderbemittelten Bevölkerung einträte. Statt dessen

hält der "Vorwärts" es für nötig, jeden Tag darüber zu jammern, daß wir oft leider gezwungen sind, natürlich aus ganz anderen Motiven, mit den Deutschen Nationalen gegen Magistratsvorlagen zu stimmen. Der "Vorwärts" hat es absolut in der Hand, seine Parteigenossen in der Fraktion und im Magistrat so zu beeinflussen, daß sie sich wirklich mit den Unabhängigen zusammen von vornherein so für die Berücksichtigung der Arbeiterinteressen einsetzen, daß es nicht nötig ist, immer und immer wieder den Magistrat wegen seiner ganz unmöglichen Finanzpolitik anzugreifen.

Genau das gleiche gilt gegenüber den elegischen Bemerkungen über die "Zerstörungsarbeit" der Kommunisten im Berliner Rathaus. Diese "Zerstörungsarbeit" ist nur möglich, weil ihr nicht eine klare und entschiedene wirkliche Arbeiterpolitik entgegengestellt wird. Wer die Art hat beobachten müssen, wie einige Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion auf die Vorgänge bei der letzten Demonstration reagierten, der versteht, daß solche Provokationen ihre Gegenwirkungen auslösen müssen. Weder Manifestbestimmungen in der Geschäftsordnung noch wehleidige Ermahnungen helfen gegen solche Gespenster. Helfen kann nur eine konsequente und wirklich energische Arbeiterpolitik, die sich nicht immer wieder von tausenderlei Rücksichten abhalten läßt, das zu tun, was zu tun ist.

Alle demagogischen Redewendungen können nicht verschleiern, daß man langsam in Berlin anfängt einzusehen, daß die bisherige Politik zu Ende geht, daß man andere Wege gehen muß. Unsere Fraktion kann mit Recht für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Lasten für die Bevölkerung diesmal wesentlich erleichtert hat. Die Not der Tatsachen wird auch andere bekehren.

Zum Weltkongreß der drei Internationalen

Hemmungen bei der 2. Internationale — Schwierigkeiten durch die 3. Internationale Eifrige Förderung durch die Wiener Arbeitsgemeinschaft

Genosse Friedrich Adler (Wien) hat an die Mitglieder der von der Berliner internationalen Konferenz eingesetzten Reuenerorganisationskommission folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, 4. Mai 1922

Werte Genossen!

Folgendes in London am 2. Mai aufgabene Telegramm ist mir zugekommen:

Adler, Arbeiterzeitung, Wien

Siebzenter unmöglich für Zweite Internationale

Macdonald

Nach dieser Mitteilung kann ich nichts anderes tun, als die Mitglieder der Reuenerkommission zu verständigen, daß die Sitzung, die ich für den 7. Mai in Düsseldorf vorgeschlagen habe, vertagt werden muß.

Da der Berliner "Vorwärts" von heute gegen mich den Vorwurf erhebt, daß die Einberufung der Sitzung „als vorzeitig erscheint“, sehe ich mich genötigt, folgendes festzustellen:

In dem gemeinsamen Beschluß der Berliner Konferenz vom 5. April 1922 heißt es: „Die Konferenz schlägt daher vor, daß die Exekutiven ihre Zustimmung zu der Einsetzung eines neungliedrigen Organisationskomitees einholen, dem es obliegt, die Vorbereitungen für weitere Konferenzen der drei Exekutiven sowie für Konferenzen in erweitertem Maßstab unter Heranziehung von Parteien, die keiner der drei internationalen Organisationen angeschlossen sind, zu organisieren.“ Diese Stillföhrung, daß die Reuenerkommission nicht sofort in Berlin gewählt werde, sondern erst die Zustimmung der Exekutiven einzuholen sei, wurde auf Wunsch des Genossen Nadel, der im Namen der kommunistischen Vertreter sprach, gewählt. Von Seiten der beiden anderen Exekutiven wurde ein derartiger Wunsch nicht geäußert; ich glaube daher, annehmen zu dürfen, daß die Rominierung bereits sofort in Berlin erfolge. Tatsächlich hat die Exekutive der I.S.P. ihre Vertreter auch bereits am 6. April in Berlin gewählt. Genosse Nadel teilte die drei Vertreter der kommunistischen Internationale, nachdem er sich mit Moskau in Verbindung gesetzt, zwei Wochen später, nämlich in einem Telegramm vom 20. April, mit.

Da nun die Rominierung durch die kommunistische Internationale erfolgt war, glaube ich annehmen zu dürfen, daß nimmehr die Schwierigkeiten, die der unverzüglichen Einberufung der konstituierenden Sitzung der Reuenerkommission, die ich für dringend notwendig hielt, entgegen-

stehen, beseitigt seien. Ich sandte daher am 21. April folgendes Telegramm an Macdonald:

„Drahtet, wann Reuenerkommission frühestens zusammentreten kann. Unsere Vertreter jederzeit bereit, in fünf Tagen nach Erhalt der Antwort einzutreffen. Vorschläge zur Erleichterung für Beständler diesmal Tagung Amsterdam.“

Auf dieses Telegramm erhielt ich am 25. April einen London, 22. April, datierten Brief des Genossen Macdonald, in dem es heißt:

„Ich habe heute morgen Ihren Brief in Angelegenheit der Sitzung des Reuenerkomitees erhalten. Sofort, nachdem ich aus Berlin zurückgekehrt war, schrieb ich an die uns angeschlossenen Parteien mit der Bitte, mir ihre Entscheidung in betreff der Wiedereinsetzung der Komiteemitglieder bekanntzugeben, und heute wiederholte ich meine Rundfrage. Ich werde Ihnen sofort Mitteilung machen, sobald mir eine Majorität bekannt wird, aber ich denke, daß Sie zu der Annahme berechtigt sind, daß alles in Ordnung sein wird.“ Darauf habe ich sofort am 25. April Macdonald gedrahtet:

„Brief erhalten. Drahtet sofort, ob mit fünftem Mai Düsseldorf einverstanden.“

Diesen Vorschlag des fünften Mai machte ich, da es nach dem Brief Macdonalds durchaus möglich erschien, daß sich die Zweite Internationale bis zu diesem Datum auf Grund des Rundschreibens Macdonalds über die Personen, die sie in die Reuenerkommission delegieren werde, verständigt haben werde. In dieser Annahme blieb ich auch bis heute unerschütterlich, da Macdonald zwar schrieb, daß für ihn das Datum des fünften Mai unmöglich sei, weil er unausschießbare Versammlungen habe, er aber weder in dem Telegramm vom 26. 4. noch in dem Brief vom gleichen Tage die Frage der Rominierung der Personen für das Reuenerkomitee neuerlich erwähnte, sondern im Gegenteil in diesem Briefe schrieb:

„In der nächsten Woche kann ich England nicht verlassen, so daß, wenn das Organisationskomitee zusammentritt, ich einen Erlaßmann senden muß.“

Ich sandte sofort nach Erhalt dieses Briefes am 29. April an Genossen Nadel zu Händen der kommunistischen Vertreter im Reuenerkomitee folgendes Brief und im gleichen Sinne einen an Genossen Macdonald:

Nachdem mir Genosse Macdonald zunächst telegraphisch
hatte „fünftens Mai unmöglich“ erhielt ich heute einen aus-
führlichen Brief, von dem ich Ihnen eine Kopie beilege.
Es scheint mir nicht möglich, auf die besonderen Verhältnisse
Englands soweit Rücksicht zu nehmen und eventuell den Zu-
sammentritt der Reuenerkommission bis nach dem 21. Mai
zu vertagen. Ich bedauere sehr sehr, daß Genosse Mac-
donald, der ja der Sekretär der 2. Internationale ist, nicht
anwesend sein können wird, aber andererseits müssen wir
unbedingt, sobald als möglich, zu einer Sitzung gelangen. Frei-
lich ist es unbedingt nötig, daß die Vertreter der 2. Inter-
nationale Zeit haben, sich die Pässe zu beschaffen und die
sonstigen Reisevorbereitungen zu treffen. Ich berufe daher
nun endgültig die Sitzung, da gegen Düsseldorf kein Einwand
erhoben wurde, für den 7. Mai, 10 Uhr vormittags nach
Düsseldorf ein. Das Vokal werde ich Ihnen noch tele-
graphisch bekanntgeben, da ich hierüber noch Informationen
erwarte.“

Das oben angeführte Telegramm Macdonalds vom 2. Mai
bedeutet nun offenbar, daß meine Annahme unrichtig war
und die 2. Internationale noch nicht zu einem definitiven
Ergebnis über die Nominierung ihrer Mitglieder im Reuener-
komitee gekommen ist. Darauf deutet auch folgende Mit-
teilung des Berliner „Vorwärts“ vom 3. Mai hin:

Der Parteivorstand hat in einem Telegramm nach Lon-
don die Einberufung einer Sitzung des Exekutivkomitees
der 2. Internationale unter Einziehung von Vertretern
aller angeschlossenen Sektionen beantragt, die sich mit der
Frage der Entsendung von Mitgliedern der 2. Internatio-
nale in die Reuenerkommission der drei Internationalen be-
schäftigen soll.“

Da mit dem Erscheinen von Vertretern der 2. Inter-
nationale am 7. Mai in Düsseldorf nicht mehr zu rechnen
war, wurde die Vertagung der konstituierenden Sitzung der
Reuenerkommission leider unausweichlich. Wenn dagegen in
der kommunistischen Presse und auch in den Telegrammen
des Genossen Kadel an mich die Vermutung ausgesprochen
wird, daß die Dinausschiebung der konstituierenden Sitzung
des Reuenerkomitees politischen Absichten der 2. Internatio-
nale entspreche, die „für jeden Preis Genua vorübergehen
lassen will, ohne Einmischung des Proletariats“, so halte ich
diese Interpretation für unrichtig. Wir scheinen tatsächlich
nicht politische Absichten vorzuliegen, sondern ein Gebrechen
in der organisatorischen Schlagfertigkeit der 2. Internatio-
nale. Es steht mir nicht zu, zu untersuchen, warum es der
2. Internationale nicht möglich gewesen ist, innerhalb eines
Monats den Berliner Beschluß zur Durchführung zu bring-
en. Die Abwesenheit wichtiger ihrer Exekutivmitglieder bei
dem internationalen Gewerkschaftskongress in Rom dürfte
einen wesentlichen Einfluß geübt haben. Wichtig ist dagegen,
daß ich die Sicherheit zu haben glaube, daß keinerlei Ab-
sicht besteht, den vom Parteivorstand der SPD verlangten Zu-
sammentritt der Exekutive der 2. Internationale irgendwie
zu verschleppen, daß derselbe schon innerhalb 8 Tagen in
Ausführung genommen ist, und daß auch von Seiten des Genossen
Wandewede, der Mitglied des Reuenerkomitees der Ber-
liner Konferenz war, der unverzügliche Zusammentritt des
Organisationskomitees gewünscht wird. Es handelt sich also
um eine ganz kurzfristige Verschiebung des Statistens der
konstituierenden Sitzung des Organisationskomitees.

Der Beschluß der Berliner Konferenz, am 20. April und
1. Mai Demonstrationen zu veranstalten, die ihre Spitze vor-
 allem gegen die kapitalistischen und reaktionären Absichten
der Nachhaber an der Konferenz in Genua richten sollten, hat
Erfolg gehabt. Insbesondere die Reisezeit ist nach den vorlie-
genden Berichten in allen Ländern viel großzügiger verlaufen
als jemals früher. Andererseits ist es aber tief bedauerlich,
daß es während des Statistens der Konferenz in Genua
nicht möglich gewesen ist, einen allgemeinen Arbeiterkongress
zustande zu bringen. Die Sache des Zusammentritts dieses
Kongresses wird allerdings keineswegs gefördert durch die
Hemmungslosigkeit, die sich die kommunistische Presse und
auch Genosse Kadel in seinen offiziellen Mitteilungen, die
die Frage des Organisationskomitees betreffen, gestattet.
Ich glaube, dem großen Ziel, das wir haben, nicht zu dienen,
wenn ich mich in eine Diskussion hierüber einlassen würde.
Für die MSP ist die Einberufung eines die ganze Inter-
nationale umfassenden Kongresses nicht ein Mittel kleiner
parteilastischer Erfolge, bleibt die Arbeit an dieser Auf-
gabe mit unverminderter Wichtigkeit bestehen, auch wenn sie
nicht sofort erfüllt werden kann. Wir müssen uns eben
klar sein, daß Versäumnisse viel leichter ist als wiederaufzu-
bauen. Wir haben uns niemals einer Täuschung darüber
hingegen, daß es großer Ausdauer bedürfen wird, um die
internationale Aktionsfähigkeit tatsächlich zu schaffen. Für
uns bedeuten die kleinen organisatorischen Schwierigkeiten,
wie sie sich jetzt bei der 2. Internationale zeigen, daher keine
Enttäuschung. Wir erwarten aber auch, daß sich alle be-
mühen werden, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Ins-
besondere können wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen,
daß die nach der Berliner Konferenz wieder einsetzende
neuerliche Verfolgung von Mitgliedern der Sozialdemokra-
tischen Arbeiter-Partei Russlands (Menschewiki) und der
linken Sozial-Revolutionäre, ebenso wie die Tendenzen, die
norwegischen Gewerkschaften zu sprengen und damit die
Aktionsfähigkeit des skandinavischen Proletariats überhaupt
zu schwächen, keineswegs geeignet sind, die psychologischen
Vorbereitungen für den Zusammentritt des internationalen
Arbeiterkongresses zu verbessern. Aber gerade weil diese
Schwierigkeiten neuerlich in Erscheinung treten, die schon
die Berliner Konferenz auf das eingehendste beschäftigt und
ihr Gelingen gefährdet hatten, müssen wir auf den möglichst
raschen Zusammentritt des von der Berliner Konferenz ein-
gesetzten Organisationskomitees drängen. In diesem Orga-
nisationskomitee wird die Möglichkeit bestehen, neu auf-
tretende Mißverständnisse zu beseitigen und die Voraus-
setzungen zu schaffen, auf Grund derer der internationale
Arbeiterkongress möglich werden wird.

In der Ueberzeugung, daß wir in kürzester Zeit Gelegen-
heit haben werden, alle diese Fragen im Reuenerorganisa-
tionskomitee persönlich zu besprechen, zeichnet mich profes-
sionell mit
Friedrich Adler

Dreiwöchiger Streik beendet

Breslau, 5. Mai

(SFB.) In der heutigen Nachmittagsvollversammlung
der Streikenden der elektrischen Straßenbahn A. G. wurde
mit allen gegen zwei Stimmen die Wiederaufnahme der
Arbeit ab 6. Mai beschlossen. Damit ist der Straßenbahner-
streik nach dreiwöchiger Dauer beendet

„Klugheit und Mäßigung!“

(S. T. A.) London, 5. Mai

Neuer meldet aus Genua, es bestehe Grund zu der An-
nahme, daß Lloyd Georges geistige Unterhaltung mit Wirth
und Rathenau von großer Bedeutung war. Der britische
Premierminister habe nachdrücklich „Klugheit und Mäßi-
gung“ bezüglich der am 31. Mai fälligen deutschen Ver-
pflichtungen angetragen. „Manchester Guardian“ schreibt zu
den Beratungen zwischen Lloyd George und den Deutschen,
Deutschlands Rückkehr in den inneren Rat der Konferenz sei
bemerkenswert. Es sei klar, daß Lloyd George die letzte
Anstrengung unternehme, um etwas Lohnendes aus Genua
herauszuholen. Die ablehnende Haltung der französischen
und der belgischen Delegation in der Frage des russischen
Memorandums habe sich verhärtet. Die Angelegenheiten Lloyd
Georges an die Belgier und die Franzosen seien vergeblich
gewesen. Die Absichten Russlands, Sonderabkommen mit
jeder Nation auf der Konferenz abzuschließen, würden ver-
härten.

„Times“ billigt die Haltung Belgiens und die Unter-
stützung, die ihm Frankreich zuteil werden läßt.

„Westminster Gazette“ schreibt, die Möglichkeit eines all-
gemeinen europäischen Uebereinkommens mit Russland komme
jetzt nicht mehr in Frage. England dürfe jedoch die Ver-
handlungen mit Russland nicht abbrechen, denn für Eng-
land sei es nötig, daß Russland wieder in den Kreis der
mit England Handel treibenden Länder gebracht werde.
Lloyd George würde nach Ansicht der liberalen Kreise, wenn
er auf sich allein angewiesen wäre, das Risiko übernehmen,
Russland Kredit anzubieten. Lloyd George müsse aber mit
seinem Schatzkanzler und anderen Kollegen rechnen.

Französische Einquartierung

Frankfurt a. M., 5. Mai

Wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, die Möglichkeit eines all-
gemeinen europäischen Uebereinkommens mit Russland komme
jetzt nicht mehr in Frage. England dürfe jedoch die Ver-
handlungen mit Russland nicht abbrechen, denn für Eng-
land sei es nötig, daß Russland wieder in den Kreis der
mit England Handel treibenden Länder gebracht werde.
Lloyd George würde nach Ansicht der liberalen Kreise, wenn
er auf sich allein angewiesen wäre, das Risiko übernehmen,
Russland Kredit anzubieten. Lloyd George müsse aber mit
seinem Schatzkanzler und anderen Kollegen rechnen.

Wirth und Rathenau bei Lloyd George

Genova, 5. Mai

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat die Gelegenheit des
Besuches bei Lloyd George benützt, um dem englischen
Ministerpräsidenten die politische und wirtschaftliche Lage
Deutschlands neu darzulegen und die Unmöglichkeit zu be-
gründen, die von der Wiedergutmachungskommission vor-
geschlagenen Steuernmaßnahmen in Deutschland einzuführen
und dieses Jahr die ihm auferlegten 70 Millionen Gold-
mark in bar aufzubringen. Dr. Wirth kündigte Lloyd George
auch an, daß die Reichsstaatsarbeiten seine baldige Rückkehr
nach Berlin nötig machten. Rathenau teilte ebenfalls mit,
daß er die Absicht habe, demnächst abzureisen, da mit dem
Abschluß der Konferenzarbeiten und der Ausschließung der
Deutschen vom politischen Unerauschuh für die russischen
Angelegenheiten kein Grund für ein weiteres Verbleiben in
Genua vorliege. Lloyd George erludte sie jedoch dringend,
wenigstens einige Tage noch auf ihren Abreiseplan zu ver-
zichten, die nächsten Verhandlungen über einen europäischen
Burgfriedensvertrag erforderten ihre Gegenwart in Genua.
Die Unterredung schloß mit dem Versprechen der beiden
Staatsmänner, ihre Abreise noch einige Tage aufzuschieben.
Am Sonntag werden sie eine neue Besprechung mit Lloyd
George haben, nachdem sich dieser mit dem aus Paris zurück-
kehrenden Borihou beraten hat. Man hält es nicht für aus-
geschlossen, daß der Reichskanzler Lloyd George einige
Schläge der Reichsregierung zur Verbesserung des deutschen
Staatshaushaltes unterbreiten wird, um zu verhüten, daß
man Deutschland die Nichterfüllung seiner Verpflichtungen
vorwerfe und die von Poincare vorgeschlagenen Maß-
regeln ergreife.

Stand der Genueser Konferenz

Fast einen Monat tagt die Konferenz in Genua. Ihre
bisherigen Ergebnisse sind außerordentlich gering. Würde
sie auch in der Hauptache als der erste bedeutsame Versuch
betrachtet, aus dem Stadium der Sanktionen in das Sta-
dium erfolgreicher Verhandlungen zu gelangen, so hat der
bisherige Verlauf uns recht gegeben, als wir darauf ver-
wiesen, daß es sich bei der Neuregelung der aus den Folgen
gegangenen Weltwirtschaft um Probleme handelt, deren
Lösung bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschafts-
ordnung nicht zu erwarten ist. Obwohl gerade die brennend-
sten von der Besprechung ausgeschlossen wurden, taumelte
die Konferenz von Krise zu Krise. So war es von Anfang an,
und so ist es heute noch. Wir erinnern an die Zusammen-
stöße wegen der Zulassung der deutschen Delegation zu den
Unterkommissionen, ferner an die tagelang anhaltende Krise
wegen des Nichtschlusses des deutsch-russischen Vertrages.
Gegenwärtig hat die russische Frage die Geister auseinander ge-
bracht. Immer war es Frankreich, dessen Politik zu Kon-
flikten führte. Wesen wir einen Blick auf den gegenwärtigen
Stand der Konferenz, so ergibt sich folgendes:

Die französische Regierung hat die Unterzeichnung des
Memorandums durch die französische Delegation gutge-
sehen, trotzdem ihr die Bestimmungen, die die Verfügung
über das von der Sowjetregierung verstaatlichte Eigentum
nicht weit genug gehen. Belgien will diesen Bestimmungen
unter keinen Umständen beitreten. Borihou hat von seiner
Regierung die Welsung erhalten, Belgien aufs äußerste zu
unterstützen. Die russische Delegation wird eine Reihe von
Einwendungen gegen das Memorandum machen. Tschit-
schereff erklärte es als unbillig, Beharabien bei Rumänien
zu belassen, zugleich aber Russland zu verpflichten, die wäh-
rend des Krieges von Rumänien erhaltenen Werte zurück-
zugeben. Russland könne sich auch nicht verpflichten, gegen
jede Agitation einzugreifen, die von fremden Staatsange-
hörigen auf russischem Boden gegen ihre Heimatländer be-
trieben wird. Ferner macht Tschischereff große Vorbehalte
hinsichtlich der Bestimmungen über Konzessionen. Desgleichen
wendet er sich dagegen, daß in den 14 Artikeln des Memoran-
dums von einer Anleihe zugunsten Russlands überhaupt
nichts gesagt wird, obwohl Russland, wie von seinen Ver-
tretern verschiedentlich betont wurde, einen Kredit von Staat
zu Staat in Höhe von 250 Millionen Dollar braucht. Von
Russland wurde die Anerkennung der Schulden der zaristi-
schen Regierung verlangt, und zwar unter Verzicht auf
Gegenrechnung. Es habe aber eine Gegenrechnung von
50 Millionen Goldrubel zu machen, sich jedoch bereit erklärt

diese Gegenrechnung gegen Streichung der Kriegsanleihen
fallen zu lassen. Nach einer weiteren Meldung ist die russi-
sche Regierung bereit, ihren Gläubigern das gesamte Ein-
kommen und die besonderen Einkünfte, zum Beispiel aus
der Platinproduktion, aus Zöllen und dem Export, als Ga-
rantie anzubieten. Die Einkünfte aus den Konzessionen
würden eine Bürgschaft für die Zinszahlung bilden.

Es ist zweifellos, daß die russische Delegation einige Zeit
gebraucht zur Beanwortung des Memorandums. In eng-
lischen Kreisen verhärtet sich die Geneigtheit, Russland von
Rechts wegen anzuerkennen. Frankreich wendet sich noch
immer entschieden dagegen, wünscht aber trotzdem, die
anderen Verhandlungen mit Russland mitzumachen.

Selbstverständlich haben alle Länder ein Interesse daran,
daß Russland wieder in die Weltwirtschaft eingeschaltet wird.
Frankreichs Sonderinteressen, die aus seinen großen For-
derungen an das zaristische Russland und aus seinen großen
Kapitalanlagen auf russischem Gebiet beruhen, sowie Belgi-
ens Anstrengungen diese Wiedereinschaltung Rus-
lands. Es ist selbstverständlich, daß Russland nicht alle For-
derungen der kapitalistischen Staaten auf Herausgabe des
verstaatlichten Einkommens nachkommen kann. In England,
das sich finanzwirtschaftlich am besten aus den Kriegskosten
wieder herausgearbeitet hat, steigt die Neigung, dieser Tat-
sache auch Rechnung zu tragen. England hat sein Budget
wieder einigermaßen in Ordnung gebracht. Es ist sogar
drauf und dran, seine infolge des Krieges gewaltig ge-
steigerten Steuern wieder abzubauen. So darf es darauf
vertrauen, daß bei der von ihm erkämpften Parole „Freie
Bahn dem wirtschaftlich Stärksten“ es sicher nicht zu kurz
kommen wird.

Große Erwartungen wurden vielerseits auf die Ar-
beiten der Finanzkommission in Genua gesetzt.
Die Beratungen sind dem Ende nahe, aber Positives habe
sie nicht zutage gebracht. Aus den Vorschlägen der Kom-
mission geht hervor, daß sie die Zeit für irgendwelche be-
stimmten Schritte noch nicht für reif hält. Sie beschloß die
Einberufung einer Konferenz von Vertretern der Noten-
banken. Doch auch diese wird kaum sofort realisierbare
Vorschläge ausarbeiten können. So schnell reifen die Zeiten
nicht. Italien, Belgien und Frankreich wollen die Währung
ihrer Länder wieder auf den Vorkriegsfuß bringen, während
man sonst ziemlich allgemein zu der Erkenntnis gekommen
ist, daß zunächst eine Stabilisierung der Währung, Maß-
nahmen zur Verhinderung weiterer Wertschwankungen ge-
troffen werden. Solange diese beiden Regelungen im Streit
liegen, ist an eine Lösung der durch die Weltwirtschafts-
störungen hervorgerufenen Währungsprobleme nicht zu
denken. An Resolutionsentwürfen hat es die Kommission
nicht fehlen lassen. Der Bericht enthält deren 19, von denen
15 allein die Währungsfrage betreffen. Auch die Transport-
kommission hat einen sehr umfangreichen Bericht erstattet.
Zu positiven Ergebnissen ist sie jedoch ebenfalls nicht ge-
kommen. Sie schlägt vor, die Eisenbahnverwaltungen auf-
zufordern, möglichst bald eine Konferenz der technischen Ver-
treter aller Eisenbahnbetriebe einzuberufen.

Der deutsch-russische Vertrag, der seinerzeit
in Frankreich so großen Sturm hervorrief, ist von der Re-
parationskommission einer Prüfung unterzogen worden. Die
Reparationskommission hat, wie wir in unserer früheren
Ausgabe schon kurz mitteilen, eine Note an die deutsche Re-
gierung gelangen lassen. In dieser Note heißt es:

„Im Artikel 2 des Vertrages von Rapallo verzichtet
die deutsche Regierung auf alle Ansprüche bezüglich der
Anwendung der Gesetzgebung und Maßnahmen der Sowjet-
republik, welche die deutschen Reichsangehörigen, ihre pri-
vaten Rechte, die Rechte des Reiches oder die der deutschen
Länder betreffen haben. Dieser in allgemeinen Wendungen
ausgedrückte Verzicht enthält weder eine Einschränkung,
noch einen Vorbehalt. Die Reparationskommission be-
merkt, daß die deutsche Regierung auf die Reparations-
kommission gemäß Artikel 200 des Vertrages von Versailles
übertragen worden sind oder übertragen werden müssen.
Die Kommission nimmt an, daß dies nicht die Absicht der
deutschen Regierung oder der Sowjetrepublik gewesen ist.
Um aber jeden Zweifel in dieser Beziehung auszuschließen,
bittet die Reparationskommission die deutsche Regierung,
ihr dies zu bestätigen.“

Offenbar glaubt die Reparationskommission auf diesem
Bege die Deutschland aus dem Vertrage mit Russland er-
stehenden Vorteile für die Reparationskommission bean-
spruchen zu können. Der Artikel 200 bestimmt nämlich, daß
Deutschland auf Verlangen der Reparationskommission alle
Rechte und Interessen zu erwerben hat, die deutsche Reichs-
angehörige in Russland besitzen und daß diese Rechte und
Interessen auf die Reparationskommission übertragen werden
müssen, die sie dann auf das Reparationskonto gutzuschreiben
hat. So wäre auf dem Umweg über die Reparationskom-
mission für Frankreich das erreicht, was es in Genua nicht
durchsetzen konnte. Die Reparationskommission fordert im
übrigen in ihrer Note eine vollständige Angabe aller Rechte
des Reiches und der deutschen Länder, die den Gegenstand
eines Verzichts bilden könnte, sowie die Gründe, aus welchen
die Zustimmung der Kommission nicht vorher eingeholt
wurde. Außerdem erklärt die Reparationskommission, daß
sie es für ihre Pflicht halte, darüber zu wachen, daß alle
Garantien geschaffen werden, damit nicht die von Deutschland
übernommenen Verpflichtungen beeinträchtigt werden. Aus
diesen Gründen behalte sich die Reparationskommission vor,
von Zeit zu Zeit die Wirkungen zu überprüfen, die sich aus
der Durchführung des deutsch-russischen Vertrages ergeben.

Dieses Arienstadium ist durchaus noch nicht überwunden.
Lloyd George hat allerdings erklärt, daß nötigenfalls die
Konferenz auch ohne Frankreich und Belgien weiter geführt
werde. Auch die Reparationsfrage soll erneut geprüft werden.
Es ist beabsichtigt, zu diesem Zwecke den Obersten Rat nach
Genua oder nach einem Orte in dessen nächster Nähe zu-
sammen zu berufen. Die Franzosen wenden sich energisch
dagegen. Sie fordern, daß vor dem 31. Mai, dem nächsten
Zahlungstermin Deutschlands, überhaupt der Oberste Rat
nicht tagen soll. Lloyd George dagegen drängt darauf, vor
dem 31. Mai zu tagen. Italien hat sich dieser englischen Auf-
fassung angeschlossen. Der deutsche Reichskanzler hat in
einer Rückfrage mit Lloyd George ausdrücklich auf die pre-
käre Lage Deutschlands auch hinsichtlich der nächsten Zah-
lungen hingewiesen. Allgemein läßt sich beobachten, daß das Ver-
ständnis für die außerordentlich schwierige Lage Deutschlands
steigt. Auch Polen und die kleine Entente gehen nicht
völlig mit Frankreich konform. Trotzdem ist kein Anlaß zu
überschwänglichen Erwartungen.

An alle Arbeiter der Welt

Noch ist kein Monat vergangen, seit die gemeinsame Deklaration der kommunistischen und sozialistischen Parteien unterschrieben wurde, und schon liegen trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit zahlreiche Bestätigungen für die Unaufrichtigkeit der russischen Kommunisten, die das Übereinkommen ebenfalls unterschrieben haben, vor.

Die auf der Konferenz vertretenen russischen sozialistischen Parteien haben alles mögliche getan, um die Arbeit der Konferenz durch interne russische Feibereien nicht zu komplizieren. Die Vertreter dieser Parteien hielten dafür, daß das geschlossene Übereinkommen ihren Parteigenossen größere Sicherheit gewähre, als beliebige konkrete Versprechungen. Sie konnten sich schlechterdings nicht vorstellen, daß die russischen Kommunisten mit der einen Hand ein Übereinkommen mit den russischen Sozialisten, mit der anderen aber deren Todesurteil unterschreiben würden.

Indessen gerade nach der feierlichen Proklamierung einer einseitigen Front begann eine besonders energiegeladene Debatte gegen jene Parteien, mit deren Vertretern das Übereinkommen eben erst geschlossen worden war. Dieses Verhalten der bolschewistischen Regierung läßt sich nur aus dem Wunsche erklären, ihre Unabhängigkeit von den Beschlüssen des internationalen Proletariats angeht, die Einheitsfront der Weltbourgeoisie, die sich jetzt in Genua versammelt hat, zu beweisen. Der Bourgeoisie sämtlicher Länder werden jetzt Garantien dafür geboten, daß die internationalen Beschlüsse des Proletariats für die bolschewistische Regierung überhaupt keine Bedeutung haben, und daß die Bourgeoisie infolgedessen ohne Gefahr zu laufen mit den Bolschewiki Übereinkommen treffen kann.

Die einzige russische Partei, die den Prinzipien der sozialen Revolution, wie sie im November 1917 proklamiert wurde, treu blieb, ist die Partei der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten), und gerade diese Partei ist besonders heftigen Verfolgungen ausgesetzt. Während Mitglieder der anderen Parteien in Freiheit gesetzt oder ins Ausland versandt wurden, werden die linken Sozialrevolutionäre, die schon seit einigen Jahren in Haft gehalten werden, auch heute noch nicht freigegeben. Zweihundertzig linke Sozialrevolutionäre sind in den Hungerstreik getreten, der neun Tage dauerte, weil sie durch das Verhalten der Tschechoslowaken zur Verzweiflung getrieben wurden.

Das Verprechen, die Forderungen unserer Genossen würden bestritten werden, wurde auf recht merkwürdige Weise gehalten. Als sie eine Erklärung verlangten, warum sie gefangen gehalten würden, begann man sich darauf, daß Mitglieder des Zentralkomitees der Linken Sozialrevolutionäre vor vier Jahren vom Revolutionstrabunale wegen des „Ausstandes vom 6. Juli 1918“ verurteilt worden waren. Aber sogar die „Rote Fahne“ erinnert sich noch daran, daß alle linken Sozialrevolutionäre in dieser Angelegenheit begnadigt waren. Sie alle haben 1919, also viele Monate nach dem Prozeß, auf ganz legale Weise in Moskau gelebt! Viele von ihnen waren bis zum Jahre 1921 Angestellte der Sowjetregierung!

Die Tscheka wurde aufgelöst, aber alle politischen Inhaftierten wurden auf Grund von Urteilen von Tribunalen in den Gefängnissen gehalten! Trotz der Amnestie! Weitens die Mehrzahl ist nicht nur nicht vor ein Gericht gestellt worden, sondern überhaupt nicht verhört worden.

Diesem Treiben muß ein Ende gemacht werden. Die Einheit der sozialistischen Front darf sich nicht nur in Resolutionen, sondern muß sich auch in Taten erweisen. Wir erwarten den solidarischen Protest der Arbeiter aller Länder, denn von diesem einmütigen Protest hängt das Leben unserer Genossen ab.

Für die Auslands-Delegation der Partei der Linken Sozialrevolutionäre (Internationalisten).

Alexander Schneider.

Metallarbeiterstreik in der Tschechoslowakei

Prag, 4. Mai

Da die heutige letzte Intervention der Vertrauensmänner der Metallarbeiterschaft, die Unternehmer zu beiraten, die 10 prozentige Lohnherabsetzung zurückzunehmen, erfolglos blieb, verließen die Arbeiter die Betriebe. Von dem Auslande sind in Prag und seiner Umgebung 36 Betriebe und im mittleren Böhmen 5 Betriebe in Streikenschaft gezogen. Die Arbeiterschaft der Skoda-Werke wird morgen in den Streik treten. Die Metallindustriellen von Westböhmen haben in 50 Unternehmungen mit 5000 Arbeitern beschlossen, den Kollektivvertrag am 4. Mai zu kündigen, so daß auch hier der Lohnkampf unausweichlich scheint. Mit dem morgigen Tage werden daher in Böhmen 32 000 Metallarbeiter im Streik stehen. Die Niederlegung der Arbeit erfolgte in voller Ruhe und Ordnung. Bei der Prager Eisen-Industriegesellschaft wird gearbeitet, da hier ein anderes Lohnsystem besteht.

Sozialisten in Moskau verhaftet

DC. Moskau, 5. Mai

Die politische Hauptverwaltung (früher Tscheka) hat zwei von den drei sozialdemokratischen (menschewistischen) Mitgliedern des Moskauer Sowjets verhaftet unter der Anklage, sie hätten eine illegale Kundgebung des Zentralkomitees ihrer Partei veröffentlicht. Das Präsidium des Sowjets und das Plenum haben die Verhaftung gebilligt.

Das italienisch-russische Abkommen

Paris, 5. Mai

Der Sonderberichterstatter des „Antranigean“ in Genua telegraphiert: alles deutet darauf hin, daß ein gerechtes Abkommen zwischen Rom und Moskau vor dem Abschluß steht.

Waffenstillstand in Irland

Die Regierungstruppen und die Palerster haben einen viertägigen Waffenstillstand abgeschlossen. Während dieser Zeit werden die Mittel beraten, um einen endgültigen Frieden zwischen beiden Parteien herbeizuführen. Die irische Nationalversammlung hat zu diesem Zweck eine Kommission ernannt.

Amerika und seine Schuldner

(CP.) Paris, 5. Mai

Der „Antranigean“ glaubt zu wissen, daß die amerikanische Regierung eine Note an die französische Regierung gerichtet hat, worin sie die Rückzahlung der französischen Schulden in einigen Jahresraten fordert. Ein Zins von 4 Prozent wäre schon von diesem Jahre ab zu entrichten.

Tschischerin fährt zum Papst

Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Rom wird in vatikanischen Kreisen das Gerücht bestätigt, daß die Tschischerin demnachst im Vatikan vom Papst Pius XI. und vom Kardinalstaatssekretär Gasparri empfangen werden würde. Mit Gasparri werde er über die Zulassung katholischer Missionare in Rußland verhandeln.

Rechtssozialistische Scharfmacherei

Noch schärfere Maßnahmen gegen Demonstranten verlangt

Was sich am Freitag im Preussischen Landtag bei Fortsetzung der Debatte über die Dienstagvorgänge vor dem Berliner Rathaus abspielte, war nach der grandiosen einheitlichen Maidemonstration nicht sonderlich geeignet, die Einheitsfront des Proletariats zu fördern. Denn der rechtssozialistische Abgeordnete Franz Krüger sprach unter dem jubelnden Beifall der Bürgerlich in derartig provozierender Weise gegen die U.S.P., daß man sich immer wieder fragen muß, ob die Rechtssozialisten mit dem Vorhinein gerade dieses Redners gewisse Absichten verbinden. Herr Krüger gefiel sich in der Rolle des weisen Mahners: er gab den städtischen Arbeitern den Rat, sich künftig ruhig und bescheiden den Anordnungen der Schutzpolizei zu fügen. Er brachte es fertig, die Unabhängigen und Kommunisten zusammen mit den Deutschnationalen für die Vorgänge verantwortlich zu machen, weil wir die Magistratsvorlage nicht widerspruchslos schluckten. Wir wollen es uns schenken, die Anwürfe Krügers gegen die „Freiheit“-Redaktion zurückzuweisen. Die Anprangerung der von ihm beliebten Redewendung, daß die neue Redaktion der „Freiheit“ nicht nur an „politischem Radikalismus“, sondern auch an „journalistischer Gemeinheit“ die alte Redaktion bei weitem übertrifft, mag genügen.

Es belehrt die Einstellung der Rechtssozialisten, daß sie einem Schluß-Antrage des Zentrumsabgeordneten Herold zustimmen und die Fortsetzung der Aussprache unmöglich machen. Nur durch die Tatsache, daß unserer Fraktion als Antragstellerin das Schlußwort zu ihrem Antrag auf Aufhebung des Schieferlasses zustand, war es unserem Genossen Dr. Wegl möglich, auf die provokatorischen Ausführungen Krügers gebührend zu antworten.

Unser Antrag wurde dem Rechtsauschuß überwiesen, wo eine Überprüfung stattfinden soll. Nach der grundsätzlichen Zustimmung des Ministers wäre es angebracht gewesen, ihn sofort zum Beschluß zu erheben. Man hatte den peinlichen Eindruck, daß die Rechtssozialisten im Plenum einer klaren Entscheidung vorsichtig aus dem Wege gehen wollten.

Sitzungsbericht

Das Haus fährt in der Besprechung der Großen Anfragen und Anträge zu den Demonstrationen vor dem Berliner Rathaus und über das Verhalten der Schutzpolizei fort.

Abg. Krüger-Potsdam (Soz.): Wir bedauern lebhaft die Vorkommnisse vor dem Berliner Rathaus, besonders daß es zu Verletzungen von Personen gekommen ist. Die Polizei ist gegenwärtig ein notwendiges Machtmittel des Staates. Zwischen ihm und der Arbeiterschaft sollte aber nicht Kampf, sondern Vertrauen herrschen. Am Donnerstag vor der Demonstration haben die deutschnationalen, unabhängigen und kommunistischen Stadtverordneten durch Verlassen des Saales die Stadtverordnetenversammlung beschlußunfähig gemacht. An der Demonstration waren die Parteien nicht direkt beteiligt, insbesondere nicht meine (Komm. Zentr.). Es haben aber Anhänger aller Parteien an ihr teilgenommen! Sie (zu den Komm.) sollten nicht von der Einheitsfront des Proletariats sprechen. Wo Arbeiter und Gewerkschaften Fehler begangen haben, muß sich unsere Kritik auch gegen sie richten. Die Verantwortlichen der Demonstration haben sich nicht an die vorherigen Verabredungen gehalten und in einem lebhaften Verkehrszentrum stundenlang eine große Menschenmenge festgehalten. (Zuruf der Komm.: Sogar haben Sie doch früher selbst mitgemacht!) Wohl gibt es ein Recht zu Demonstrationen, aber die übrige Bevölkerung hat ihr Recht, zu verlangen, daß ihr Parlament arbeiten kann, und daß der Verkehr nicht stundenlang unterbrochen wird. Wenn Ihre (zu den Kommunisten und Unabhängigen gewendet) Freunde sich weiter so wahnfinnig benehmen wie bisher, dann werden noch viel schärfere Mittel nötig sein. (Hört! hört! links.) Durch die Bannmeile würden Straßendemonstrationen so gut wie unmöglich gemacht werden.

Wir beantragen Ueberweisung des Antrages an einen Ausschuß.

Abg. Hartmann (Dem.) schließt sich den Erklärungen der Vorredner an.

Unter heftigem Widerspruch der Unabhängigen und Kommunisten wird ein Antrag Herold (Ztr.) auf Schluß der Besprechung angenommen. (Abg. Ray - Kommunist - erhält wegen Beleidigung des Abg. Herold (Ztr.) einen Ordnungsruf.) - Die Abg. Dr. Meyer und Ray (Komm.) protestieren zur Geschäftsordnung gegen den Schluß der Besprechung und werfen der Mehrheit Feigheit vor.

Abg. Dr. Wegl (U.S.P.): Meine Freunde legen Verwahrung ein gegen den Versuch, der hier gemacht wird, die Oppositionsparteien mundtot zu machen. Herr Kollege Krüger hat andrücklich betont, Deutschnationale, Kommunisten und Unabhängige, das sind die eigentlichen Verbrecher, die Schuld daran waren, daß sich jenes Blutvergießen vor dem Rathaus abspielte hat, und zwar bedauern, weil diese drei Parteien sicherlich von verschiedenen Gesichtspunkten aus geleitet die Magistratsvorlage nicht glatt geschluckt haben. Es könnte uns ja mit Genugtuung erfüllen, daß der Herr Minister

eine Überprüfung der alten Schiefervorschrift zugesagt hat, aber ich meine, dazu brauchen wir doch keinen sozialdemokratischen Minister des Innern, keinen sozial-

demokratischen Polizeipräsidenten, daß es nun mehr erst dieses bedauerlichen Vorfalles vor dem Rathaus bedürfte und erst, was ich feststellte, unseres Initiativantrages, daß sich der Herr Minister bereit erklärt, diese Schiefervorschrift zu überprüfen. Es ist tief bedauerlich, daß auch heute noch auf Grund dieser Verfügung die Polizei das Recht hat,

scharf in die Massen hineinzufahren, nicht über die Köpfe hinweg und nicht mit der flachen Klinge, sondern mit scharfer Klinge gegen etwaige Missetäter vorzugehen. Der Berliner Schuhmann, ob er Schupo oder Zipo heißt, gleichviel, soll ein Freund der Bevölkerung, aber er soll nicht ein Vertreter der Konterrevolution und ein Feind der Bevölkerung sein. Unter Herrn v. Jagow wäre dieses Blutbad nicht vorgekommen. Wenn wie hier ein sozialistischer Polizeipräsident sich eine so schlappe Amtsführung zuschulden kommen läßt, daß auch gegen seinen Willen seine Polizeioffiziere gegen die Berliner Bevölkerung antreten und wüten, das ist eine Schande für den Namen Sozialismus. Wollen Sie Herr Minister vielleicht behaupten, daß um Ruhe und Ordnung ansrecht zu erhalten erst ein Blutbad angerichtet werden muß? Die Polizei beschäftigt sich jetzt mit Dingen, die zu ihrer eigentlichen Aufgabe überhaupt nicht mehr passen. Der Herr Minister und auch der Herr Oberst der Schutzpolizei, der uns gestern die Ehre seiner Anwesenheit gab, hat mit seinem Wort die tatsächlichen Angaben meines Freundes Nabolb bekräftigt, da sie nicht berichtigt worden sind, müssen sie wahr sein. Die schon immer von uns gestellte Forderung,

die Schupo zu entmilitarisieren und den Landsknechtsgeist auszurotten,

der in der Schupo leider noch immer sein Unwesen treibt, findet durch die Vorgänge ihre volle Unterstützung. Aber ich muß doch hier sagen, Herr Minister, wenn die Entente demnachst in Erfüllung des Versailles Friedens, den auch meine Freunde als einen Halsabschneiderfrieden betrachten, und dessen schnelle Aenderung auch wir erstreben, die Forderung erheben sollte, daß unsere Schupo endlich einmal zu dem wird, wozu sie bestimmt ist, dann bitte ich nicht um Hoch- und Landesverräter zu nennen, sondern dann bitte ich in erster Linie daran zu denken, daß Sie und daß

die militärische und polizeiliche Solbateska die schwere Schuld an sich geladen

hat. Hat denn der Herr Minister, der sonst Verständnis für die Plünder des Arbeiters hat, kein Verständnis dafür, daß es doch auf Arbeiter aufreißend wirken muß, wenn bei einem solchen polizeilichen Unternehmen einer der kommandierenden Polizeioffiziere sich seinen ganzen Klempnerladen an die Brust gehängt hat und wenn er mit dem Orden „Pour le mérito“ die Attade gegen den inneren Feind reißt. Das Vorgehen der Polizei war in diesem Falle ein Akt größter Brutalität und Erbarmlichkeit.

Nun komme ich zu der Forderung, die sich aus allen diesen Dingen entwickelt. Wir verlangen die

Kommunifizierung der Polizei.

Diese Vorgänge beweisen aufs neue, wie notwendig diese Forderung ist. Gewiß, wenn die Berliner Polizei unter die Oberhoheit des Oberbürgermeisters Böß käme, dann würden wir auch 100 fahren. Wenn Sie die Bannmeile schaffen - auch der Herr Minister hat darüber Andeutungen gemacht und der Herr Abgeordnete Krüger hat die Sache für diskutierbar erklärt, - dann erklär ich Ihnen, eine solche Bannmeile ist für uns in gewissen geschichtlichen Momenten nicht mehr und nicht weniger als ein Zwangsband, aber den wir nicht kolpern werden. Schließlich dürfte es dahin kommen, daß Sie um jede Bedürfnisanstalt eine Bannmeile legen. Sorgen Sie dafür, Herr Minister, daß

der Schieferlass so schnell wie möglich aufgehoben

wird, dann sind die Vorgänge im Berliner Rathaus wenigstens nicht vergebens gewesen, und das Blut, das dort vergossen wurde, ist nicht vergebens geflossen. Aber es ist die höchste Stunde. Sie sind gewarnt. Handeln Sie so, wie Sie es verantworten können. (Beifall der U.S.P.)

Hierauf wird der deutschvolksparteiliche Antrag auf

Errichtung einer Bannmeile um das Berliner Rathaus dem Verfassungsausschuß überwiesen. Der unabhängige Antrag auf neuzeitliche Gestaltung der Bestimmungen über den Wassengebrauch wird im Hammersprung mit 123 gegen 108 Stimmen der Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten dem Rechtsauschuß überwiesen.

Hierauf wird die gemeinsame Besprechung der Gesetze über das Kirchenregiment im Bezirke Wiesbaden, in der Provinz Hannover und in Frankfurt a. M. fortgesetzt.

Abg. Dr. Meyer-Dresde (Komm.) lehnt die drei Gesetze ab.

Ein Regierungsvertreter: Es handelt sich hier nicht um Vorlagen grundsätzlicher Bedeutung auf kirchenpolitischem Gebiet, sondern nur um die Durchführung klarer Verfassungsbestimmungen. - Die drei Gesetze werden nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen. Das Gesetz zur Ueberleitung des Rechtszustandes im ober-schlesischen Abtummungsgebiet wird nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen. - Das Gesetz über die Genehmigung von Siedlungen nach § 1 des Reichsiedlungsgesetzes geht an den Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen. Bei der zweiten Beratung des Gesetzes betr. die Beteiligung Preussens an der Däpreußen Werke-A.G. wendet sich Abg. Mertins (U.S.P.) gegen diesen Antrag, indem er auf die ungeheuren Gewinne hinweist, die die Großgrundbesitzer heute einstecken, so daß sie tatsächlich nicht wissen, wo sie mit dem Geld hin sollen; er erklärt sich mit Erleichterungen für kleine Gewerbetreibende und kleine Landwirte einverstanden, lehnt aber eine besondere Liebesgabe an die ostpreussischen Großgrundbesitzer ab. - Der Gesetzentwurf wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach Annahme einiger kleinerer Vorlagen verläßt sich das Haus auf Sonnabend, den 6. Mai.

Die Enteignung der Kirchenhäuser in Moskau

(RP.) Moskau, 4. Mai

Die Kommission zur Enteignung der Kirchenhäuser in Moskau hat über die Ergebnisse derselben während des Monats April folgende offizielle Angaben veröffentlicht: Es wurden in den Kirchen Moskaus konfisziert: Gold 33 Pfd., 86 Solotnik, Silber 108 Pfd., 6 Pfund, 80 Solotnik, Brillanten 180 Stück, Diamanten 481 Stück, Rubine 92 Stück, Saphire 21 Stück, Smaragde 243 Stück, sowie andere verschiedene Kostbarkeiten.

Auflösung der ukrainischen Gesandtschaft in Oesterreich

(RP.) Wien, 4. Mai

Die österreichische Regierung hat beschlossen, in nächster Zeit die sogenannte „Gesandtschaft der ukrainischen Volksrepublik“ in Wien zu liquidieren. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich aus dem Vertrag mit Sowjetrußland. Die verschiedenen russischen und ukrainischen Vertretungen in Oesterreich sollen verschmolzen werden. Es wird wahrscheinlich ein

besonderes Komitee gebildet, dem das Recht erteilt wird, Personalausweise denjenigen Personen auszustellen, welche in der Sowjetmission sich nicht anzumelden wünschen.

Es wird besonders nach dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages allerhöchste Zeit, daß die deutsche Republik gleichfalls mit den reaktionären Vertretungen nicht mehr bestehender russischer Vertretungen in Berlin aufräumt.

Die englischen Arbeiter fordern

(CP.) London, 4. Mai

Der Direktorialausschuß der Trade Union und der Exekutivausschuß der Arbeiterpartei sandte gestern an Lloyd George ein gemeinsames Telegramm ab, in dem sie erklären, daß sechs Millionen englischer Arbeiter dieser beiden Organisationen der Ansicht sind, daß die Sowjetregierung sofort anerkannt werden sollte, da diese Anerkennung für die wirtschaftliche Restauration Rußlands unentbehrlich sei. Sie fordern außerdem die sofortige Zulassung Rußlands und Deutschlands zum Völkerbund.

Nur für Parteigenossen!

Zum Ausbau unserer Groß-Berliner
Parteiorganisation
Von Franz Künzler

In der Erkenntnis, daß die Klassenbewußten Arbeiter in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen nur dann siegen können, wenn neben der Erziehung der Massen zur proletarischen Selbstdisziplin gut ausgebaute Organisationen vorhanden sind, müssen wir in Groß-Berlin einmal prüfen, ob unsere Parteiorganisationen noch allen Anforderungen entsprechen. Diese Untersuchung muß vom agitatorisch-propagandistischen Standpunkt wie von rein organisatorischen Gesichtspunkten ausgehen und die Schlagkraft und geistige Beweglichkeit der Partei im Auge haben.

Der Krieg und die Revolution haben Verhältnisse gezeitigt, die nicht ohne Einfluß bleiben konnten auf die bisher unerschütterlich festgefügtten wirtschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiter. Die neuen Verhältnisse mit ihren durch den Krieg und die Nachrevolutionzeit aufgeworfenen Problemen namentlich auf wirtschaftlichem, steuer- und finanzpolitischem Gebiet haben bewirkt, daß die Arbeiterschaft heute eine ganz andere geistige Einstellung hat als in der Vorkriegszeit, ja, haben muß, wenn sie ihre große historische Mission erfüllen soll. Wir befinden uns heute noch mitten drin in einer großen geistigen Revolution und können demzufolge auch nicht daran vorbeigehen, wie die neue geistige Einstellung der gesamten sozialistisch orientierten Arbeiterschaft sich auf ihre mit großer Mühe und Selbstaufopferung aufgebauten Organisationen auswirkt.

Infolge der neuen Wahlkreiseinteilung vom Jahre 1919, die aber wohl noch keine endgültige ist, hat sich in Berlin das äußere Bild unserer Organisation geändert. Verschwunden sind die sechs Berliner Wahlkreise. Berlin ist ein Wahlkreis, somit haben wir im Gegensatz zu den ehemals selbständigen Berliner Wahlvereinen einen Wahlkreisverband. Der organisatorische Unterbau mit seinen Bezirken und Jahlabenden ist derselbe wie in der Vorkriegszeit. Wenn auch hier und da im Laufe der Zeit die einzelnen Bezirke sich einer Grenzregulierung unterziehen mußten, so war dieselbe für den Charakter unserer Berliner Organisation doch nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Als vor vielen Jahren in den ehemals bestehenden Groß-Berliner acht Wahlkreisen die Jahlabende eingeführt wurden, versprach man sich von dieser in Deutschland in keiner anderen Parteiorganisation bestehenden Einrichtung nicht nur etwas Neues, sondern auch viel Besseres. In einem kameradschaftlichen Annäherung der politischen Gleichgesinnten als erste Voraussetzung zu einer regeren Agitation und Vorbereitung für die Partei in dem einzelnen Wahlbezirk sowie zu einer besseren Bildung und Schulung der neu gewonnenen Kämpfer sollte der Zahl- oder Diskussionsabend geeigneter sein, als die großen Distrikts-, Mitglieder- und Generalversammlungen. Damals gab es in unseren Reihen schon Kritiker und Spötter, welche den Jahlabend als ein Produkt der urwüchsigen Berliner Charaktereigenschaft, dem Gefallen am Vielreden, ansahen. Wie jede Sache von zwei Seiten gesehen werden muß, ehe man ein abschließendes Urteil fällen darf, so auch hier. Vielen freibaren jüngeren Parteigenossen gab der Jahlabend gesunde Anregungen jeder Art. Im großen und ganzen aber hat er die bei seiner Einführung ihm zugesprochenen Aufgaben und Hoffnungen nicht erfüllt.

Wenn wir uns den Verlauf unserer Jahlabende ansehen, so hört man ganz allgemein dahingehende Äußerungen, daß durch die Berichterstattung von Vorstandssitzungen und Funktionärkonferenzen die Zeit voll ausgefüllt wird, daß in den allerersten Fällen die Parteifreunde Gelegenheit haben, eine Aussprache über neuauftauchende wirtschaftliche und politische Fragen zu führen. Das liegt nicht, wie die „Nur-Kritiker“ immer behaupten, an diesem oder jenem unfähigen Funktionär, sondern die Geschäftstätigkeit unserer Parteiorganisationen und ihrer Funktionäre ist so vielgestaltig, daß ein solch nüchternen Bericht mit anschließender Aussprache nicht die nötige Zeit zu einer politischen Diskussion läßt. Die Genossen sind dann nach langer Arbeit und stundenlangem Anshalten in engen mit Tabaksqualm angefüllten Räumen nicht mehr geistig frisch und elastisch genug, die großen und alle interessierenden Fragen zu besprechen. Ueberarbeitet und durch einen in unseren organisatorischen Verhältnissen begründeten, hoffentlich bald überwundenen Fehler der nüchternen Berichterstattung über alles Mögliche (wenn auch Notwendige, aber am ungeeigneten Platz) wird vielmals die Stimmung erzeugt, die sich dann auswirkt auf das persönliche Gebiet, so daß die neu gewonnenen Genossen nicht gerade an unsere Organisationen gesehelt und zur praktischen Mitarbeit angeregt werden.

Wie können wir diese Mängel beseitigen?

Wollen wir uns als wissenschaftlich geschulte Sozialisten nicht in das Reich der Phrasologie begeben, sondern alle auftauchenden Fragen studieren, durch Aussprache von einander lernen, so müssen wir an Stelle der Jahlabende allmonatlich politische Abteilungs- oder Distriktsversammlungen einberufen. Für solche Versammlungen ist es eher möglich, einen geeigneten Referenten zu bekommen, als für die vielen nach Hunderten zählenden, an einem Tage abzuhaltenden Jahlabende. Beim besten Willen ist in einer Organisationsleitung heute nicht die Referentenvermittlung so regeln, damit die Voraussetzungen geschaffen werden für einen besseren Verlauf unserer Jahlabende. Dazu ist, wie gesagt, die Zahl der Jahlabende zu groß und die zur Verfügung stehenden geeigneten Referenten zu klein. Diese Umstellung von Jahlabenden zu allmonatlich abzuhaltenden politischen Abteilungs- oder Distriktsversammlungen braucht nicht erst wieder eine zwei- oder dreijährige Diskussion über das Organisationsstatut in Berlin hervorzurufen, wie wir es vor reichlich einem Jahre erlebt haben. Die Frage, wie wird unsere Parteiorganisation von einem regeren geistigen Leben erfüllt als bisher, ob durch den Jahlabend oder die oben angeführten Abteilungs- oder Distriktsversammlungen, ist lediglich eine Frage der technischen Umstellung.

Viele Genossen werden die schon so oft zum Vortrag gebrachten Argumente ins Feld führen, daß durch Aushebung der Jahlabende der Zusammenhalt unter den Parteigenossen im Bezirk leiden und damit die Arbeit für die Partei unmöglich gemacht wird. Nach all dem, was wir in unseren einzelnen Bezirken an geistigem Leben verspüren, sowie dem, was sich im Verhältnis zu den organisierten Mitgliedern an Arbeitskräften zur Verfügung stellt, sind diese Einwendungen nicht stichhaltig.

Wie in Leipzig und anderen Parteibezirken wird auch Groß-Berlin dazu übergeben müssen, die Verhältnisse bedingen es, das Problem der Hauskassierung nicht nur zu diskutieren, sondern auch praktisch durchzuführen. Mit der andauernd fortschreitenden Geldentwertung wird die Leistungsfähigkeit der proletari-

schen Organisationen immer geringer, wenn nicht die Mitglieder aus idealer Ueberzeugung ihren eigenen Organisationen höhere Beiträge als erste Voraussetzung für die noch einer Lösung harrenden großen Aufgaben zur Verfügung stellen. Allgemein, ja fast einstimmig, werden im ganzen Reich höhere Parteibeiträge beschlossen. Ist ein Genosse durch seine berufliche Tätigkeit oder durch seine Funktionen in den Gewerkschaften und Genossenschaften des öfteren verhindert, regelmäßig die Jahlabende zu besuchen, so wird solch einem Genossen das Nachzahlen von restierenden Beiträgen außerordentlich schwer und viele nicht gefestigte Arbeiter sind dadurch schon aus unserer Organisationsgemeinschaft ausgeschlossen. Bei aller Anerkennung der Schwierigkeiten, die eine Hauskassierung mit sich bringt, so hat sie doch ihre großen Vorzüge gegenüber dem jetzt in Berlin noch bestehenden Zustand. Die Erfahrungen von Leipzig und das Resultat seiner Abrechnungen an eingekommenen Beiträgen bringen das deutlich zum Ausdruck.

Nicht nur wird durch die Hauskassierung der Organisation regelmäßig der Beitrag zugeführt, sondern auch in gleicher Beziehung wird die Verbindung der Genossen zur großen Gemeinschaft durch den Hauskassierer aufrecht erhalten. Würden sich aus den Verhältnissen gegebene Grundgebungen und Veranstellungen notwendig machen, so wird der Hauskassierer gleichzeitig die Genossen für derartige Veranstaltungen interessieren und sie auf die Bedeutung derselben aufmerksam machen.

Der organisatorische Kleinram, wenn ich einmal so sagen darf, ohne dabei eine Nichtachtung auszusprechen, der vielfach in den Jahlabenden zur Debatte steht, muß seine Erledigung finden in den dazu einberufenen erweiterten Funktionärsitzungen. Ueber die organisatorische Tätigkeit der Vorstände und der Funktionäre im allgemeinen kann vierteljährlich oder spätestens halbjährlich den Mitgliedern Aufschluß gegeben werden. Jedenfalls könnte bei einer organisatorischen Umstellung selbst mit bescheideneren Mitteln mehr und erfolgreicher gearbeitet werden als bisher. Mögen die Parteigenossen die hier aufgeworfenen Probleme zunächst eingehend durchsprechen. Ueber die Frage einer planmäßig und systematisch zu betreibenden Propaganda später.

Aus der Partei

Die Sozialistische Partei Amerikas tritt der IZSP bei

Während die Sozialistische Partei Amerikas bisher keiner internationalen Vereinigung angeschlossen und noch im Februar 1921 eine Einladung zur Teilnahme an der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien mit der Begründung abgelehnt hatte, daß innerhalb der Partei schwankende Meinungen seien (die Partei war aus der 2. Internationale ausgetreten und eine Richtung innerhalb der Partei verlangte Anschluss an Moskau. Red. d. „Freiheit“), scheint nunmehr eine Klärung eingetreten zu sein. Am 1. Mai lief nämlich bei dem Genossen Friedrich Adler, dem Sekretär der Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, aus Cleveland (Ohio) folgende Depesche des Genossen Frankfurter, Sekretär der Socialist Party of America ein:

Friedrich Adler, Arbeiter-Zeitung, Wien.
Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, den Beitritt zu der Wiener Arbeitsgemeinschaft anzumelden.
Damit erfährt die Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien eine wesentliche Verstärkung. Repräsentiert doch die Sozialistische Partei Amerikas die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten. Sie hat nicht nur im Bundesparlament Vertreter, sondern auch in den Einzelstaaten und in den Gemeinden.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Eingl. autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1922 by Ullstein & Co., Berlin

(64. Fortsetzung.)

„Ich glaubte, die Decke bricht über mir zusammen. Eine kalende Kut überkam mich, ich schrie die junge Frau zornig an und erhielt eine schwere Prügeln.“

Aber die Schläge schmerzten mich bei weitem nicht so sehr wie der peinigende Gedanke: Was wird nun Königin Margot von mir denken? Wie werde ich mich vor ihr rechtfertigen? Bittere Qualen erduldet ich in diesen schrecklichen Stunden, und wenn ich mich nicht aufknüpfte, so geschah es nur, weil ich keine Zeit dazu fand.

Die Soldaten hatten dafür gesorgt, daß die Geschichte rasch im Hofe und in der ganzen Straße bekannt wurde. Als ich nun gegen Abend in finsternem Groll mich auf dem Boden verkrüppelt hatte, hörte ich plötzlich unten Natalias zornige Stimme:

„Nein, warum soll ich schweigen? Nein, mein Lieber, immer komm' nur, komm'! Na, wirst du wohl gehen? Sonst sag ich's deinem Herrn, der wird dir schon Beine machen!“

Ich erriet sogleich, daß der Lärm da unten vor dem Eingang zu unserer Wohnung mit mir im Zusammenhang stand.

„Du hast mir gestern eine ganze Menge Geld gezeigt — nun sag' mal, woher du es hattest!“

Der Atem stockte mir vor lauter Freude, als ich nun auch Sidorows vorwurfsvolle Stimme vernahm: „Et, et, Fernochin...“

„Und da haben sie nun den Jungen beschimpft und geprügelt... eine Schande ist's!“

Ich hätte in den Hof hinunterspringen, vor lauter Lust herumtanzen und die Wäscherin aus Dankbarkeit füssen mögen, doch da vernahm ich, wahrscheinlich vom Fenster her, die Stimme unserer jungen Frau:

„Geprügelt hat man ihn, weil er frech geworden ist, verstanden? Daß er der Dieb sein könnte, hat kein Mensch gedacht, höchstens du, freches Weibsbild!“

„Ein freches Weibsbild sind Sie selbst, meine Gnädige, und eine dumme Kuh obendrein, mit Verlaub zu sagen!“

Die Musik klang dieses Gezänk in meinen Ohren, und ich weinte vor lauter Freude über die mir gewordene Genußung.

Nach einer Weile kam mein Lehrherr langsam die Bodenrepppe herauf. Er setzte sich auf ein Balkenende neben mir und fuhr sich durchs Haar.

„Na, lieber Pjeschkow,“ begann er, „uns ist wieder mal unrecht geschehen...“

Ich wandte mich schweigend von ihm ab.

„Ein böses Mundwerk hast du aber, das muß man dir lassen!“ fuhr er fort.

„Sobald ich gesund bin, geh' ich von Ihnen fort,“ erklärte ich ihm leise.

Er sah eine Weile schweigend da, rauchte seine Zigarette, betrachtete von Zeit zu Zeit aufmerksam ihr glühendes Ende und sagte schließlich:

„Tu, was du nicht lassen kannst. Du bist kein kleines Kind mehr und mußt selbst wissen, was für dich am besten ist...“

Vier Tage später verließ ich das Haus. War zu gern hätte ich von Königin Margot Abschied genommen, doch besaß ich nicht Dreistigkeit genug, um zu ihr zu gehen — und ich erwartete eigentlich, offen gestanden, daß sie mich rufen lassen würde.

Als ich von der Kleinen Abschied nahm, bat ich sie: „Sag' der Mama, daß ich ihr sehr, sehr dankbar bin. Wirst du es anrichten?“

„Ja,“ versprach sie mit einem entzündenden Lächeln. „Leb' wohl bis morgen, nicht?“

Zwanzig Jahre später begegnete ich ihr wieder — sie hatte einen Gendarmereioffizier geheiratet...

Ich bin wieder Abwäscher auf einem Wolgabampfer — diesmal dem Schwanenweißen, geräumigen Schnell-

dampfer „Perm“. Ich bekomme sieben Rubel Monatslohn und habe in der Küche den Köchen zu helfen.

Der Büfettier, ein rundlicher Mensch mit einer Platte, geht aufgeblasen vor Stolz, die Hände auf dem Rücken, den ganzen Tag schwerfällig auf dem Verdeck umher, wie ein verschnittener Eber, der sich an einem heißen Tage einen kühlen Winkel sucht. Hintern Büfett führt seine Gattin das Zepier, eine Dame über Vierzig, hübsch, doch schon recht stark mitgenommen und so arg gepudert, daß der Klebrige weiße Staub ihr von den Backen fällt und das helle Kleid davon ganz mehlig ansieht.

In der Küche regiert der erste Koch Iwan Iwanowitsch Medwjeschenof, ein kleiner, unterlegter Mensch mit einer Habichtsnase und spottfrohen Augen. Er ist ein Stutzer, trägt gestärkte Hemdkragen, rasiert sich alle Tage, hat ganz blaue Backen und einen ausgezwickelten dunklen Schnurrbart, an dem er in seinen freien Stunden unter Zuhilfenahme eines runden Taschenspiegels beständig dreht und zupft. Der interessanteste Mensch auf dem Dampfer ist der Heizer Jakow Schumow, ein vierschrötiger, breitschultriger Mensch mit einem strälpnässigen Gesicht, so hoch wie ein Spaten, kleinen Bärenaugen, die ganz unter den dichten Brauen verschwinden, und kurzgewachsenen, moosartigen Haarfräuzen um die Backen. Das Kopfhaar bildet einen dichten Schopf, durch den seine krummen Finger nur mit Mühe hindurchzudringen vermögen.

Er spielte gern Karten um Geld und setzte alle Welt durch seinen Riesenappetit in Erstaunen. Wie ein hungriger Hund brüllte er sich beständig in der Nähe der Küche herum, erbat sich ein Stück Fleisch oder einen Knochen, trank des Abends mit Medwjeschenof Tee und erzählte von sich allerhand wunderbare Geschichten. In seinen jungen Jahren war er bei dem Stadthirten von Njasan als Kuhhirt in Diensten gewesen, ein durchreisender Mönch hatte ihn jedoch bestimmt, ins Kloster zu gehen, in dem er vier Jahre als Novize geblieben war.

Die Schuldfrage vor Gericht

Nach fünftägiger Verhandlung vor dem Münchener Schöffengericht wurde die Beweisaufnahme in dem Verleumdungsprozess des Genossen Fischenbach gegen den Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte, C. O. Mann, geschlossen. Die beiden letzten Verhandlungstage wurden fast ausschließlich auszufüllt durch die Plädoyers der beiderseitigen Rechtsanwälte. Dr. Böwenfeld, der Rechtsbeistand des Privatklägers Fischenbach behandelte in seinem Plädoyer sehr ausgiebig die dem Prozess eigentlich zugrunde liegende Frage, nämlich die Frage der Schuld am Kriege. In jedem Kopfe herrsche darüber eine andere Meinung. Der eine lege den Schwerpunkt auf die Lokalisierung des Krieges, der andere auf das Ultimatum an Rußland. Eines könne man aber sagen. Mehrfach sind schon Völker an ihren Schicksal verhängen zugrunde gegangen und in Deutschland habe es in besonderer Nähe an politischer Urteilsreise gefehlt. Auch die Sachverständigen seien der subjektiven Betrachtung unterworfen. Das völkerpsychologische komme bei der Unternehmung der Schuldfrage viel zu kurz. Aus den Akten könne sowohl der Kriegs- wie der Friedenswille eines Staats abgeleitet werden. Damit sei aber für die Erforschung der Schuldfrage wenig getan. In Deutschland sei das gesamte Staatsleben mit Militarismus durchdrängt gewesen. In den gebildeten Kreisen sei man nicht vollwertig gewesen, wenn man nicht Reserveoffizier war und dies auf seiner Bistenerkarte verzeichnet gehabt habe. Es sei auch heute noch nicht viel anders. Als der Kaiser den Vorschlag eines Saager Schiedsgerichtes machte, habe der Kaiser Wilhelm an den Rand geschrieben: „Nanu!“ Ein Zeichen für die Verköstlichtheit, mit der man solchen Gedanken in Deutschland gegenüberstand. Kurt Eisner hat gehandelt nach außenpolitischen Maximen, die Karl Marx in seiner Generaladresse vom Jahre 1884 so klassisch niedergelegt habe. Ueber ihn habe die alldeutsche Partei im Prozesse geurteilt, ohne ihn überhaupt zu kennen, aber in der Schuldfrage habe man jedes subjektive Moment gesucht, um die deutsche Regierung zu entlasten. Der Baron Kardikein habe in seinen Erinnerungen geschrieben, daß die offiziellen Akten nur mit Vorsicht zu genießen seien, daß sie nur selten die Wahrheit enthielten, weil es neben ihnen eine geheime Korrespondenz gegeben habe, in der die entscheidenden Dinge erledigt wurden. In seinem Buche habe der Sohn des Grafen Serling angegeben, daß sein Vater, der bayerische Ministerpräsident, das Ultimatum an Serbien gekannt habe, ehe es übergeben wurde. Der Privatsekretär des Grafen Serling, Legationsrat Brentano di Armezzo, wisse hierüber auszusagen. Die inoffiziellen Einflüsse werde man schwer feststellen können. So zum Beispiel die „falsche“ Meldung des Lokalangehört über die Mobilmachung. Unter doppelter Durchführung verstehe man die Verschleierung der Wahrheit gegenüber dem eigenen Volke, die man unter vier Augen kenne und sage. Noch am 31. Juli habe Kurt Eisner auf die Informationen des bayerischen Kriegsministers Aretz hin an einen russischen Anstiftungsgelehrten. Erst ungefähr 14 Tage nach Ausbruch des Krieges habe er angefangen, kritisch zu werden. Er sei überhaupt nur aus Gründen der Schuldfrage vom rechten Flügel der Sozialdemokratie zur unabhängigen Sozialdemokratie gekommen. Eisner habe an dem Schönschen Bericht Kenntnis gemacht, daß es sich um Klärungen handele. Man schlage nun auf Eisner ein, um von den Sünden der Alldeutschen abzulassen. Montecas habe denselben Eindruck von der deutschen Kriegspolitik bekommen wie Eisner. Auch der Admiral Tirpitz habe die Kriegserklärung an Rußland als einen schweren Fehler kritisiert. Das Urteil wird erst am 11. Mai gefällt werden.

„Schwefelbände“

Wie der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, der republikanische Polizeioberst Kaupisch über seine Beamten denkt, und mit welchen Kosenamen er sie zu benennen beliebt, zeigt ein Vorgang, der sich bei einer Besichtigung der Polizei-Abteilung Prenzlauer Tor am 2. u. d. M. abgespielt hat. Wir wollen, da es verständlich ist, daß mancher der Leser dies als ungläubig betrachten mag, von vornherein betonen, daß wir durch einwandfreie Zeugen jederzeit in der Lage sind, den Wahrheitsbeweis des hier Beröhrten zu bringen. An dem genannten Tage fand vormittags eine Besichtigung statt, wodurch gezeigt werden sollte, wie weit die polizeiliche Ausbildung der Polizei vor-

wärtsgekommen bzw. wie weit die Polizei ausgebildet sei. Auch der allertüchtigste Fachmann, auch der allergrößte Kriminalbeamte, für den eine Kleinigkeit von Bedeutung ist, um den Kernpunkt der Sache herauszufinden, hätte sich bei dieser Besichtigung vergeblich bemüht, etwas „Polizeiliches“ zu finden. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht weiter über diese Angelegenheit auslassen. Wir haben die begründete und sichere Hoffnung, daß diese militärische Spielerei über kurz oder lang doch aufhören muß. Etwas anderes möchten wir einmal der Öffentlichkeit unterbreiten. Als die „politische Besichtigung“ doch nicht so geklappt hatte, wie es den Wünschen gewisser Militärs — ach Verzeihung, Polizeiführer — angenehm war, prasselte über die Truppe — pardon Beamenschaft — ein Ungewitter hernieder. Festgestellt muß werden, daß diese Besichtigung eine rein militärische Rekruteneinzelbesichtigung war, und man konnte aus dem Verhalten der Beamenschaft entnehmen, daß sie sich die größte Mühe gab, um ihren Hundertschaftsführer keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Mit Lust und Liebe kamen die Beamten den Kommandos nach, und es war den Beamten direkt anzumerken, daß sie befreit waren, durch gute Leistungen zu beweisen, daß sie volles Vertrauen zu ihrem Hundertschaftsführer haben.

Den Schlußakt dieses Gewitters bildeten die holdseligen Worte aus dem Munde des Herrn Kommandeurs:

„Die Beamenschaft ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen, weil sie unzufrieden gemacht wird. Das muß anders werden! Schwefelbände!“ (Boher die Unzufriedenheit kommt, scheint der Herr Kommandeur nicht zu wissen.)

Befehl zum Schutz der Republik

Ein lächerliches Mäuschen

Die Reaktion macht sich meist mit jedem Tag. Nicht mehr verhehlt, sondern ganz offen reißt sie gegen die Republik an. Wie aber wehrt sich unsere republikanische Regierung dagegen? Gleich nach dem Erzbergermord hat der Rechtssozialist Otto Weiss ein „Befehl zum Schutz der Republik“ für unerlässlich erklärt. Recht liegt der Entwurf eines solchen Gesetzes als „reife Frucht“ rechtssozialistischer Koalitionspolitik vor, unzulänglich und hohl, wie all die bisherigen „reife Früchte“. So soll der § 111 des Strafgesetzbuches durch den Zusatz erweitert werden, wonach derjenige mit Gefängnis und Geldstrafe bis 500 000 Mark sowie Aberkennung der bekleideten öffentlichen Ämter zu bestrafen ist, der die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft. Strafe trifft auch denjenigen, der öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften und Abbildungen oder Darstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Person des Staatsoberhauptes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder anreizt.

Bedeutet schon diese Bestimmungen an sich nichts — unter keinen Umständen wird durch sie „die Republik geschützt“ —, so sind sie dem Reichsrat noch zu weitgehend.

Außerdem steht der Entwurf der Regierung eine Umgestaltung des § 112 des Strafgesetzbuches dahin vor, daß bestraft wird, wer die Polizeibeamten von ihren Pflichten abwendig macht. Bestrichen aus dem Strafgesetzbuch werden die Bestimmungen über Majestätsbeleidigung und zum Schutz der allgemeinen Bekehrtsicht.

An die Adresse des Reichsfinanzministers

Der Reichsfinanzminister Hermes ist zwar durch seine Weisungsbefähigung in Anspruch genommen, aber vielleicht findet er tragend Zeit, sich auch um die Art und Weise zu kümmern, wie der Landesfinanzpräsident Hamann in Breslau die „Regelung“ der Entlohnung der in den Breslauer Finanzämtern beschäftigten Ausschickkräfte vornimmt. Seit mehr als sechs Wochen werden Verhandlungen geführt, aber bis heute sind sie infolge der Haltung des Landesfinanzpräsidenten noch nicht abgeschlossen. Sicher, dieser Herr mit seinem Einkommen hat Zeit, ebenso auch die höheren Bürokraten, die daran beteiligt sind. Anders aber steht es mit den Ausschickkräften, deren Wochenlohn (selbst bei Verheirateten) 350 Mark nicht übersteigt. Daß mit solchem Hungerlohn nicht auszukommen ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. Also mehr Dampf, Herr Hermes!

Für die Unterhaltung der Schule hat das dänische Parlament eine Staatsunterstützung von 5000 Kronen bewilligt.

Zur Vertretung der Schule in Deutschland und ihrer Verbindung mit deutschen Schülern besteht ein Landesauschuss, der wieder einen engeren Arbeitsauschuss mit Eduard Bernstein als Ehrenpräsident, Dr. F. Siegmund-Schulze als geschäftsführenden Vorsitzenden, Dr. von Erberga, Hr. J. P. Fleischer (von der englischen Quaker-Kommission) und Staatssekretär S. Schulz umfaßt.

Deutschland hat ein Anrecht auf sieben Schüler. Die Kosten betragen für jeden Schüler und den ganzen Kursus etwa 1300 Kronen. Dem deutschen Schüler wird aber 1/2 dieser Summe als durch die landwirtschaftliche Arbeit verdient berechnet; ein zweites Drittel wird wegen der Valutaschwierigkeiten aus dem Fonds der Schule selbst bestritten, so daß nur eine Summe von 450 Kronen = 5000 Mk. jährlich zu zahlen bleibt. Diesen Anteil hofft der deutsche Landesauschuss aus Beiträgen von Behörden und Stiftungen von Verbänden, Gewerkschaften usw. zur Verfügung stellen zu können.

Der Meinesche Männerchor 1900 (M. S. V.) hatte unter seinem Dirigenten, Musikdirektor Joseph, im Beethovensaal einen guten Abend. Das Stimm-Material ist namentlich in den tiefen Tönen auffallend gut. Der Tenor schreit leider zu viel. Wo aber von Komponisten einmal eine einstimmige Zeile verlangt wird, da klingt der Chor ganz prächtig. Ebenso ist die Gelandschaftsleiterin zu loben, und zwar im Absehn einer Phrase mehr als im Ansehen. Aber das verliert sich alles vor der Gesamtleistung, die besonders durch den Vortrag solcher Chöre, wie „Du ferne Land“, von Ullmann, und „Trop“, von Deaar, alle kleinen Schäden vergessen läßt. Zum Gelingen des Abends trugen viel die beiden Solistinnen bei: die Geigerin Carola Jellenta „lang“ und fuhr in ihrem Bachstücken so sicher und toll dahin, daß es eine Freude war, und die Sängerin Paula Werner-Jensen erregte durch Klarheit und Parteilichkeit, die sie vor allem in vier Jensen'schen Liedern bekundete.

Arno Nadel.

„Wann stellt Ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein?“ Dieses Herwegh-Wort ist das Motto, unter dem Alfred Diezler gemeinsam mit Rudolf Leonhard seine pazifistisch-antimilitaristischen Vortragsabende veranstaltet. 1919 und 1920 hat er mit diesen Abenden in vielen deutschen Städten die pazifistische Bewegung höchst wirkungsvoll unter-

Die fehlenden Zahlungsbelege

In den bisherigen Sitzungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die sich mit der Weisung des Ministers Hermes beschäftigten, wurde wiederholt der Antrag gestellt, die bei den Akten nicht befindlichen Zahlungsbelege über die vier Weisungen des Ministers Hermes vorzulegen, da nur für die 1. Sendung aus dem April 1920 ein solcher vorlag. Trotz der Zusage des Ministers, die in seinem Privatbesitz und im Besitz des Ministeriums befindlichen Aktenstücke einzureichen, und trotz der Beschlagnahme aller einschlägigen Akten bei dem Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer, gelang es bis heute noch nicht, weitere Belege über erfolgte Zahlungen seitens des Ministers Hermes aufzufinden. Herr Hermes hat dazu seinerseits behauptet — so zuletzt im Schreiben des Ernährungsministeriums vom 27. 4. 22 — daß diese Zahlungsbelege sich bei den Akten der Staatsanwaltschaft in dem Prozess gegen die „Freiheit“ befinden würden. Diese Akten sind inzwischen dem Untersuchungsausschuss vorgelegt worden und es wurde festgestellt, daß sich in ihnen außer dem oben erwähnten Zahlungsbeleg über 600,— M. für die erste Sendung kein einziger Zahlungsbeleg des Ministers Hermes an den Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer befindet!!

Aus Grönners Reich

Das Preussische Staatsministerium hat für die Erteilung von Erholungsurlaub in Rechnungsjahr 1922 Richtlinien aufgestellt, nach denen der Erholungsurlaub der Beamenschaft nach einem gemischten System, auf Befoldungsklassen und Lebensalter aufgebaut, zu vergeben ist. Es ist bekannt, daß die Dienstverpflichteten die Beamten genau wie auch die Arbeiter auf kurze Zeit selbstständig beurlauben können, ohne gestungen zu sein, diesen Urlaub auf den Erholungsurlaub anrechnen zu müssen. So sagt auch ein vom Preussischen Finanzministerium herausgegebenener Erlaß, daß bei Beurlaubungen aus besonderen Gründen (zu Weisungen, Eiern, Pfingsten, bei Todesfällen und bei Krankheit der Angehörigen oder zu Sitzungen von Berufsvereinen usw.) nicht grundsätzlich dieser Urlaub auf den Erholungsurlaub anzurechnen ist, sondern daß sich die Anrechnung in jedem Einzelfall nach dem Maße des besonderen Urlaubs und den sonstigen Umständen zu richten hätte. Die Entscheidung hierüber wird mangels einer allgemeinen Regelung dem pflichtgemäßen Ermessen des Behördenvorstandes überlassen. Nach dieser Verfügung wird in dem republikanischen Staate stets so gehandelt werden, daß der Beamten- und Arbeiterschaft zu Regimentsfeiern, Orgelfestversammlungen und sonstigen schönen Sachen der Urlaub wohl stets ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub erteilt werden wird, daß aber, wenn es sich um Demonstrationen für die bestehende republikanische Verfassung oder für Ziele des sozialistischen Proletariats handelt, ein ganz anderes System Platz greift.

Der 1. Mai, den sich das gesamte Proletariat zu einem Demonstrationstreffen für Völkerverständigung, Völkerverständigung usw. ausgerufen hat, wird auf den Erholungsurlaub ohne weiteres angerechnet. Der Verweis dafür wird durch einen Erlaß des Reichsverkehrsministeriums vom 22. 4. — G. II. 20/90. Nr. 3690/22 — erbracht, in dem ausdrücklich angeordnet wird, daß die für die Maifeier beantragte und bewilligte Freizeit bei den Beamten und Angehörigen auf den Erholungsurlaub anzurechnen ist. Das Gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von Arbeitern jedoch nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgeholt, so wird für die Dauer der Arbeitsbescheinigung Lohn nicht gewährt. Dieser Erlaß des Reichsverkehrsministers ist in Abwesenheit des Herrn Gröner, der augenblicklich im Bade weilt — doch sicher auch ohne Anrechnung auf seinen Erholungsurlaub? — durch den Staatssekretär Bodenstein, dessen zweideutige Haltung während des Rapp-Putsch noch jedem Eisenbahnbeamten erinnerlich sein wird, gekennzeichnet. Die Deutlichkeit mag daraus ersehen, in welcher Weise die höheren Beamten selbstbewußt darauf hinarbeiten, zu zeigen, daß sie nach wie vor das Heft in der Hand haben und alle Erzeugnisse der Staatsumwälzung nach ihrem alten, bürokratischen System der Beamten- und Arbeiterschaft möglichst zu beeinträchtigen suchen.

Internationale Volkshochschule bei Helsingör in Dänemark

Der Plan des Dänen Peter Manniche in Kopenhagen, nach den Jahren der Völkerversehung in Dänemark eine internationale Volkshochschule zu errichten, ist verwirklicht worden. Der für die Begründung der Schule gebildete Ausschuss hat lebhaftes Interesse und auch Unterstützung gefunden, so daß er in der Nähe von Kopenhagen ein Landhaus am Strande bei Helsingör erwerben konnte, in dem die Schule zum 15. September des vergangenen Jahres eröffnet worden ist.

Die Schüler, die sich hier aus verschiedenen Ländern zusammenfinden, wohnen wie auf englischen Colleges unter kameradschaftlicher Vertung gruppenweise in Heimen. Das Schwergewicht des Unterrichtes, der in Dänisch und in einer oder mehreren Westsprachen erteilt wird, liegt in der Anleitung zum Selbststudium. Unterrichtsfächer sind moderne Sprachen, Geschichte und Sozialwissenschaften. Im Mittelpunkt soll die Entwicklung der Gesellschaft, also eine soziologische Betrachtung der Geschichte stehen, und zwar soll dieses zentrale Fach in universalem Sinne im Hinblick auf eine Weltkultur getrieben werden. Durch gemeinsames Arbeiten in Arbeitsgemeinschaften werden die Lehrvorträge ergänzt. Die Nebengebäude des Landhauses sind zu Werkstätten ausgebaut worden, die eine handwerkliche Ausbildung ermöglichen. Auch zu landwirtschaftlicher Tätigkeit ist Gelegenheit vorhanden.

Im vergangenen Sommer waren 15 Schüler da, die als gelernte Handwerker die Schule insandsehen, darunter fünf Deutsche und Oesterreicher, die übrigen Engländer und Dänen. Zum 15. September konnte das Heim 40 Schüler aufnehmen, und zwar kamen Dand- und Kopfarbeiter, auch Studenten in Frage. Für den Winter wurden vier Lehrer festangestellt, unter ihnen Peter Manniche als Leiter der Schule. Die Tageseinteilung war in dem Vorbereitungskursus die folgende: 7-1/2 Uhr Instandsetzungsarbeit, Frühstück und wieder 2 Stunden körperliche Arbeit, 11 Uhr Baden im Meer, 12 Uhr Mittagessen, bis 3 Uhr Ruhe, dann 2 Stunden Unterricht und von 5-6 Uhr wieder körperliche Arbeit. Für das eigentliche Unterrichtsjahr, das vom 15. September bis 15. April lief, waren fünf Unterrichtsstunden und 2 Stunden körperliche Arbeit täglich vorgesehen.

Nicht. Jetzt hatte er seine Freunde erneut zu einem Vortragsabend geladen, der dem Gedächtnis Ludwika Rubiners gewidmet war. Er las Dichtungen von Karl Kraus, Ernst Toller, Wolfenstein und Rubiner. Er las mit jenem phrasenlosen Pathos, das nur die innere Anteilnahme, die eigene Ueberzeugung hervorbringen kann. Er las am besten seinen herrlichen Aufsatz über den Arbeiter an ihre Brüder —, dies sozialrevolutionäre Gedicht, das so unübertrefflich klar und dichterisch überzeugend die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Militarismus aufdeckt, das dem bürgerlichen Gefühls-Pazifismus sozusagen erst sozialistischen Grund und Boden gibt. — Der Beifall war außergewöhnlich stark und außergewöhnlich berechtigt. Denn es ist schön und dankenswert, daß ein Künstler, wie Diezler sein können nicht in den Dienst der nur literarischen Literatur und Dichtung stellt, sondern in den der politischen Dichtung, in den Dienst der Idee. Hans Siegfens

Unterirdischer Regen. Gegenwärtig treten wegen ihrer praktischen Bedeutung Untersuchungen über die Grundwasserverhältnisse immer mehr in den Vordergrund. Bekanntlich fließt das Grundwasser mit geringer Geschwindigkeit auf wasserundurchlässigen Bodenschichten dahin und tritt oft als Quelle, Teich oder See zutage, zum Teil steht es auch, wie erst neuerdings nachgewiesen wurde, mit dem Meere in Verbindung. Vielfach wird angenommen, daß die Menge des Grundwassers direkt von der Größe der Niederschläge abhängig sei. Die Beobachtungen von E. S. Weager haben indessen gezeigt, daß in der Regel der Regen keinen direkten Einfluß auf die Grundwassermenge hat, da die über dem Grundwasserspiegel liegenden Bodenschichten große Wassermassen aufnehmen. Wenn dagegen bei plötzlichem Umschlag von Frost in Tauwetter die Lufttemperatur rasch auf ungefähr + 10 Grad steigt, krümte Wasserdampf in großer Menge in den Boden hinein und wird zu Wasser verdichtet. Das Grundwasser nimmt hierbei an Menge viel mehr zu als nach dem längsten Dauerregen. Diese eigenartige unterirdische Wasserbildung aus Dampf läßt sich durchaus mit dem oberirdischen Regen vergleichen und wird als „Grundregen“ bezeichnet.

Tages-Notizen.

Der Bund der Weibchen hält seine monatliche Zusammenkunft (immer am 2. Montag, 7 1/2 Uhr) jetzt im Velling-Waluum, Graberstraße 13, ab. Montag, den 8. Mai, Vortrag des Herrn Dr. Fritz Diezler über „Weiblicher und männlicher Sozialismus auf moderner sozialer Grundlage“. Näheres. Gähle mitkommen, Eintritt unentgeltlich.

Deutscher Theater. Sonntag, den 11. Mai, 12 Uhr mittags, Benefizdarstellung des „Jungferns Rabe“. Erlaufführung von Uweks Weonens „Watermord“. Regie: Berthold Viertel.

Groß-Berlin

An unsere Abonnenten

Infolge der fortlaufenden Steigerung der Papierpreise sowie der Herstellungskosten unserer Zeitung machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die „Freiheit“, die bisher täglich zweimal erschien, ab 1. Mai täglich nur noch einmal erscheint, und zwar zum bisherigen Bezugspreis von M. 35.— für Monat Mai. Der Straßenhandelspreis mußte ab 6. Mai für die Wochenendausgabe auf M. 1,50, für die Sonntagsausgabe auf M. 2.— festgesetzt werden.

Verlag der „Freiheit“, e. G. m. b. H.

Die blinde Justiz

Ob der Krieg im allgemeinen auch nur Vermüftung im Gefolge gehabt, so hat er doch für die Bäcker die Nachtarbeit, die den Bäckereibesitzern zum Paria machte, beseitigt. Dieses Nachtbäckerverbot, das während des Krieges erlassen und von den Bäckereimeistern beachtet wurde, da diese meistens irrationale Patrioten der Vorkriegszeit sind, wird jetzt — wenn auch nicht öffentlich — aufs schärfste bekämpft und vielfach nicht gehalten. Als das Verbot der Nachtarbeit erlosch, atmete die gesamte Bäckerei auf. Es erklang die Losung: Die Nachtarbeit darf nicht wieder kommen! Eine Abstimmung von den Gesellen und auch von den Bäckereimeistern ergab die fast einstimmige Forderung: Die Nachtarbeit muß auch nach dem Kriege verboten bleiben!

Profitsucht und unläutere Konkurrenz bewegen nun hauptsächlich die kleinen Bäckereibesitzer, gegen das Nachtbäckerverbot zu verstoßen. Für Großbetriebe, die Gesellen beschäftigen, verbietet sich das von selbst, da diese es in ihrer großen Wehrheit trotz großer Arbeitslosigkeit ablehnen, wieder die Nachtarbeit zur Einführung zu bringen. Es würde für sie dauernde Nachtarbeit bedeuten.

Sie bringen deshalb derartige Verstöße gegen die Verordnung zur Anzeige, da diese unlauterer Konkurrenz entsprechen und für sie eine Bedrohung bedeuten. Die Staatsanwaltschaft aber ist noch immer die „objektive Behörde“ und verfolgt die Missetäter mit voller Wucht, wie nachstehender Fall beweist.

Der Bäckereimeister Huh, Köpenicker Str. 70, wird in Gemeinschaft mit zwei Gesellen bei der Nachtarbeit ertroffen. Der Bäckereimeister ist ein frommer Mann, der den Grundsatz beachtet: Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, und beschäftigt sich nur solche von „hohem“ Geist durchdrungene Gesellen. Der Termin vor dem Amtsgericht bringt schließlich auch eine Verurteilung von je 10.— M. wegen Verstoßes gegen das Nachtbäckerverbot und eine Verurteilung von 300.— M. für den Gesellen, der die Anzeige erstattete, da er nicht rechtzeitig zum Termin erschienen war. Auf Antrag, die Strafe von 300.— M. zu erlassen, da das Nichterscheinen in einem Versehen zuschreiben war, wurde die Strafe für den Zeugen auf 250.— M. ermäßigt.

Also: 10.— M. Geldstrafe für Nichtachtung einer Verordnung zum Schutze der Gesellen und 250.— M. für das Versehen eines Arbeiters. Wer zweifelt da an der Gerechtigkeit?

Ordnung muß sein in Preußen!

Heilige Ordnung, segensreiche

In Berliner Schlemmer- und Spielertokalen merkt man nicht viel von den Ritten dieser Tränemwelt. Ungezählte Tausende werden hier umgeseht und verjubelt. Der Inhaber einer solchen Vergnügungsstätte darf es sich schon leisten, der „heiligen Vermandat“ gelegentlich ein paar Broden hinzuzufügen, wenn sie ihm wegen Uebertretungen zu nahe auf den Fels rückt oder sonst sein einträgliches Gewerbe zu tören droht.

Ein solcher Herr hat kürzlich einmal versucht, Polizeibeamten, die nach Eintritt der Polizeistunde sein Lokal geöffnet fanden, einige Hundertmark Scheine in die Hand zu drücken. Solche Kleinigkeiten spielen in diesen Kreisen keine Rolle.

Die Folge war eine Anklage wegen Beamtenbestechung. Aber es gibt noch Richter in Berlin. Der gute Mann wurde freigesprochen, da die Amtshandlung der Beamten bereits abgeschlossen gewesen sei, als ihnen das Geld zugesteckt wurde. Ein Zusammenhang zwischen Geldhergabe und Amtshandlung hätte nicht bestanden.

Als gewissenhafte Chronisten registrieren wir auch diesen Freispruch. Seine „zwingende Logik“ eröffnet den deutschen Beamten alanzende Aussichten. Also wieder eine Chance mehr für Minister Dr. Hermes in seinem Verfahren gegen die „Freiheit“.

Handelsfreiheit ist gleich Wucherfreiheit

Die organisierten Butterhändler veröffentlichten einen Aufruf, die Regierung solle eingreifen und die Buttermarktlage verbessern. Solange eine derartige Lebensmittelknappheit besteht, wie es heute der Fall ist, muß eine öffentliche Funktion preisbrechend wirken.

Also jetzt beginnen allmählich schon die Händler zu begreifen, daß in Zeiten des Mangels der freie Handel freien Wucher bedeutet. Wann kapiert es das Ernährungsministerium?

Wenige von vielen

Gegen den Direktor des Hotels „Excelsior“, E. Schner, der Geschäftsführer der G. m. b. H. ist, sowie gegen 6 kaufmännische Angehörige und Einkäufer des Hotels hatte die Strafkammer des Landgerichts I in zweitägiger Sitzung eine Anklage wegen Schleichhandels zu verhandeln. Es handelt sich um Vorgänge aus dem Jahre 1919 und 1920. Das Excelsior-Hotel ist bekanntlich eins der größten Hotels, es umfaßt 650 Betten und es sind Hunderte von Angestellten dort beschäftigt. Die Anklage wirkt den jener Zeit, unbekannt mit der Bedrängnis des Volkes, in großem Umfang Schleichhandelswaren, Milch, Butter, Mehl, Fleisch usw. aufzukaufen haben, um die Bedürfnisse der Hotelgäste nach deren Wünschen befriedigen zu können, was von dem Angeklagten bestritten wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen E. Schner, der der Eigentümer des Hotels ist, eine Geldstrafe in Höhe von 1 Million Mark, gegen die Angeklagten A. H. S. Schödel und A. H. S. je 20 000 Mark, gegen die Angeklagten Stein und Nees je 5 000 Mark, gegen den Mitangeklagten Hübner Freisprechung. Das Urteil lautete gegen E. Schner auf insgesamt 60 000

Mark, gegen die übrigen Angeklagten je nach dem Maße ihrer Beteiligung auf Geldstrafen von 6 000 bzw. 4 000 bzw. 1 500 Mark. Der Angeklagte Hübner wurde freigesprochen.

Wieder ein verkrachtes Konzern-Unternehmen

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III hatte sich der Kaufmann Heinrich Rebanzki wegen Konkursvergehens, fortgesetzten Betruges, unlauteren Wettbewerbes und gewerbsmäßigen Glückspiels zu verantworten. Der Angeklagte, welcher in und das Malerhandwerk betrieben hatte, kam als Flüchtling nach Berlin und befaßte sich hier häufig die Rennbahn. Er ist einer von denen, die ein unfehlbares „System“ erfunden zu haben glauben, wie bei Rennwetten viel Geld zu verdienen sei. So mietete er denn ein Lokal in der Frankfurter Straße, Prospekt wurde gedruckt, in Zeitungsinserten für Vertreter geworden, die Kellametrohmel tüchtig gerührt und so war der Konzern gebildet. Außer dem Angeklagten sollte auch ein stellungsloser Schlosser seine „reichen Erfahrungen auf dem Turm“ dem Konzern zur Verfügung halten, und da in den Prospekten angekündigt war, daß jeder Verlust und jedes Risiko „ausgeschlossen“ sei, so ließen die Einzahlungen gleich in so erheblichem Umfang, daß nach kurzer Zeit ein luxuriöses Lokal in der Mohrstraße gemietet werden konnte. Trotz der „reichen Erfahrungen“ erwies sich das „System“ aber doch als Humbug und so mußte, da auch Buchmacher verschiedene größere Gewinne nicht auszahlen, nach drei Monaten schon Konkurs angemeldet werden. Der Staatsanwalt beantragte eine mehrjährige Gefängnisstrafe und eine hohe Geldstrafe. Auf Grund des von den Rechtsanwälten Dr. Ludwig R. e. n. e. r und Dr. K. u. n. g. e. beigebachten umfangreichen Beweismaterials kam das Gericht zu einer wesentlich mildereren Auffassung. — Es sprach den Angeklagten von der Anklage des Konkursvergehens frei und verurteilte ihn im übrigen zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und 13 000 Mark Geldstrafe.

Zahlen beweisen

Warum steigen die Preise der Zeitungen?

Der Papierpreis betrug:

Mai 1914 pro Kilo: 0,20 Mark

Mai 1922 pro Kilo: 17,50 Mark

also Steigerung auf das 90fache!

Das Abonnement einer sozialistischen Zeitung betrug:

Mai 1914 durchschnittlich: 1,00 Mark

Mai 1922 die „Freiheit“: 35,00 Mark

also Steigerung nur auf das 35fache!

Der durchschnittliche Verbrauch einer großstädtischen sozialistischen Zeitung beläuft sich auf 1,5 Kilogramm pro Monat und Abonnement, so daß allein das Papier für jede einzige Zeitung von 0,20 Mark auf 26,00 Mark gestiegen ist.

Es war demnach:

vor dem Kriege der Abonnementspreis dreimal so hoch wie der Papierpreis, während gegenwärtig der Abonnementspreis beinahe ebenso hoch ist, wie der Papierpreis.

Bei dem gleichen Verhältnis müßte der Abonnementspreis der „Freiheit“ jetzt mindestens 86,00 Mark monatlich betragen. Dieses Mißverhältnis wächst noch ganz bedeutend durch die fortgesetzte Steigerung aller übrigen mit der Herstellung einer Zeitung verbundenen Kosten.

Das einmalige Erscheinen der „Freiheit“ erspart also jedem Leser die sonst unausbleibliche Erhöhung des Abonnementspreises.

Die Existenz der sozialistischen Presse wird noch dadurch erschwert, daß ihr die erziehbare Einnahmestelle des Zeitungsengeschäfts, die Inserate, nicht in demselben Maße zur Verfügung steht wie den bürgerlichen Zeitungen, die oftmals ohne Bedenken auch das anrüchlichste Inserat aufnehmen, wenn es nur gut bezahlt wird. Das sind Tatsachen, die die Arbeiter nicht vergessen dürfen.

Die wachsende Papiersteigerung

100 Bogen Schreibpapier = 110 Mark!

Der Zeitungsleser schimpft über das fortgesetzte Steigen der Bezugspreise für Zeitungen. Mancher springt von seinem Tisch und ragenblatt ab. Er ist verzagt oder glaubt das Geld für die nötige geistige Nahrung nicht mehr erwirtschaften zu können. Mehr als einer bildet sich auch ein, die Not der Zeitungen für gar nicht so groß, da ja die Inserate viel Geld bringen. Jeder Leser, mache eine Wanderung durch alle Berliner Papierwarengeschäfte und verlange 100 Bogen Kanzleipapier. Du erlebst dein blaues Wunder, sollst für einen einzigen Bogen, in den du früher deine Frühstücksküchen eingewickelt hast, mehr als eine Mark bezahlen. Vielleicht treibst du 100 Bogen noch für 70 bis 80 Mark auf, aber dann ist es grünes und taugt nicht viel. Vergleiche das mit den in demselben Maße gestiegenen Preisen des Zeitungsdruckpapiers. Dann ist dir nur eins nicht klar: Deshalb nämlich die Zeitungsbezugspreise nicht noch höher sind! Es gehört also wirklich ein Jonglieren mit Teuerungszahlen dazu, um den Bezug einer Zeitung noch wesentlich billiger zu machen als den Bezugspreis von 100 Bogen Schreibpapier.

Die Not der Hilfslehrerinnen an den städtischen Lyceen

So unglücklich es klingt, gibt es doch noch Menschen in Berlin, die für 9 Mark die Stunde arbeiten. Und dies sind nicht jugendliche und ungelernete Arbeiter, sondern Lehrerinnen, die nach langem Studium im städtischen Schuldienst stehen. Während die Gehälter der angestellten Lehrer und Beamtinnen mit der Geldentwertung einermachen Schritt halten, werden die Hilfslehrerinnen mit einer nicht zu verhehlenden Ungerechtigkeit behandelt. Seit Oetern 1920 beträgt das Honorar für eine Stunde einschließlich Vorberetung und Korrektur 9 Mark. Das ist das dreifache des Friedenslohnes. Infolgedessen beträgt das Höchstentkommen einer Hilfslehrerin monatlich 700 bis 800 Mark.

Die Besalsten sind aber in der glücklichen Lage, vollbeschäftigt zu sein. Die Mehrzahl muß sich mit einem Gehalt von 500 Mark im Monat begnügen. Während dieser ganzen Zeit sind keinerlei Teuerungszulagen oder Wirtschaftshilfen gezahlt worden.

Die Not ist auf das Allerhöchste geistigen und trotz eingeschränkter Lebensführung steigt die Schuldenlast von Tag

zu Tag. Die Hilfslehrerinnen bemühen sich seit Herbst einem Jahre bei den zuständigen Behörden Verständnis für ihre verarmte Lage zu finden, werden aber immer wieder hingedrückt.

Unter Hinweis auf den Geldmangel fränkt sich der Magistrat die vom Staate vorzusehende Gehaltsregelung auch auf die Hilfslehrerinnen zu erstrecken.

Teuerungszulagen für Schwerkriegsbeschädigte und erwerbsunfähige Kriegserwitwen. Die Teuerungszulagen, die bisher den Schwerkriegsbeschädigten sowie den erwerbsunfähigen Kriegserwitwen durch die Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ausbezahlt wurden, werden bekanntlich in kurzer Zeit auf erheblichem Wege eine Neuregelung erfahren. Für den Monat Mai sind sie zunächst durch einen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 8. April 1922 den Teuerungszulagenverhältnissen angepasst worden. Es erhalten nach diesem Erlaß Rentenempfänger, deren regelmäßiges Einkommen ohne Versorgungsabzünisse die jeweilige Höchstgröße der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, das Dreifache des im Dezember 1921 festgesetzten Betrages. Für Rentenempfänger, deren Einkommen diese Höchstgröße um nicht mehr als ein Drittel übersteigt, werden die Teuerungszulagen — wie schon im März und April — verdoppelt. Die Auszahlung, die den Vorschriften des Erlasses entsprechend bisher im Postfachwege erfolgte, soll, um die Empfangsberechtigten so schnell wie möglich in den Besitz des Geldes zu setzen, künftig möglichst durch Barzahlung in den Fürsorgestellen vor sich gehen. In der Sitzung des Beirats der Hauptfürsorgestelle am 24. April 1922 konnte der Direktor der Hauptfürsorgestelle, Dr. Schoenberger, berichten, daß die Einwirkungen auf die Fürsorgestellen, die Auszahlungen für den April zu beschleunigen, bereits einen gewissen Erfolg zu verzeichnen hatten. Für Monat Mai kann mit Bestimmtheit mit einer weiteren beschleunigten Uebermittlung der Teuerungszulagen an die Empfangsberechtigten gerechnet werden.

Im Streit erschossen hat in der letzten Nacht der Kreis Emil Puhig den Geschäftsführer Moritz Jolna, der aus Budapest stammt. Beide waren als Gäste in einer Schankwirtschaft in dem Hause Bilowstraße 27. Hier geriet Jolna mit dem Klavierpieler im Streit. Lustig mischte sich ein und drängte Jolna zur Tür hinaus. Auf der Straße fiel Jolna über ihn her und zog ein Messer. Jetzt gab Lustig einen Schuß ab. Die Kugel traf Jolna so unglücklich, daß er im Krankenhaus wenige Stunden nach der Aufnahme starb. Lustig wurde vorläufig in Gewahrsam genommen. Er behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. Nach den bisherigen Ermittlungen ist diese Behauptung zutreffend.

Der geheimnisvolle Mord an der Waisenbrücke ist jetzt seiner Aufklärung um einen Schritt näher gekommen. Seit dem 20. vorigen Monats forschten Kriminalpolizei und Reichswasserschutz vergeblich nach der Leiche einer Frauensperson, die nach übereinstimmender Befundung mehrerer einwandfreier Zeugen in jener Nacht von der Waisenbrücke in die Spree geworfen worden und ertrunken ist. Gestern wurde nun die Leiche von Schienenarbeitern am Behr der Mähndammstraße aus dem Wasser gefischt. Eine Feststellung der Persönlichkeit gelang nicht. Die Leiche wird deshalb im Schantheil ausgehüllt. Sie ist etwa 20—25 Jahre alt, 1,71 Meter groß und wohlgenährt, hat dunkelblondes Haar, eine breite Nase und vollständige Zähne. Sie trug einen hellbraunen Tuchmantel mit Gürtel, der im Rücken braun abgefärbt ist und vorn sowie an jedem Kermel drei Knöpfe, an jeder Seite vom Gürtel ab zweimal sechs Knöpfe hat. Ferner ein grünes Kleid mit lilafarbener und grauer Kewierstickerei, lilafarbene Kermelaufschlägen und lilafarbene Kragendeckel, lilafarbene Unterrock mit Volant, schwarze Florstrümpfe, lilafarbene Strümpfbänder mit grünem Gummizug, schwarze Gummischuhe mit Gummisohlen und abgetragenen Gummiaußensohlen. Das Hemd ist mit Spizen besetzt. Die Wäsche ist V. R. oder D. R. in verschlungenen Buchstaben gezeichnet. Ihr silberner Ringerring stellt einen Teufelskopf mit zwei Hörnern dar.

Selbstmord oder Unfall? Die 68 Jahre alte Frau Emilie W. wurde gestern morgen in ihrer Wohnung in der Königsberger Straße tot im Bette liegend aufgefunden. Der Schlafraum war mit Gas angefüllt. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch unbekannt.

Gewerkschaftliches

Die SPD-Zellenbauer

Metallarbeiter-Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress.

In den nächsten Tagen werden in fast allen Gewerkschaften die Delegiertenwahlen zum 11. Gewerkschaftskongress, der am 19. Juni in Leipzig tagt, vorgenommen. Die drei Parteirichtungen in den Gewerkschaften sind eifrig bemüht, ihre Kandidaten bei der Wahl durchzubringen. In einigen Orten allerdings haben alle drei Richtungen, SPD, USPD, und KPD, eine gemeinsame Liste aufgestellt, in anderen Orten gehen USPD, mit SPD, oder USPD, mit KPD, zusammen, in anderen sogar SPD mit KPD.

Bei den Berliner Metallarbeitern war ursprünglich geplant, eine gemeinsame Liste der drei Richtungen aufzustellen. Die Funktionäre der SPD, sahen jedoch am 23. April den einstimmigen Beschluß, mit den KPD-Metallarbeitern nicht auf eine Liste zu gehen. Hierauf wurde am 24. April in der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter eine gemeinsame Kandidatenliste der USPD, und KPD, aufgestellt. Die SPD-Fraktion konnte eine eigene Liste nicht aufstellen, da sie dazu zahlenmäßig nicht stark genug war. Diese Tatsache nimmt die rechtssozialistische „Zentrale“ der Metallarbeiter zum Anlaß, an ihre Parteifreunde im Reich ein verzerren und Rundschreiben zu senden, das unterzeichnet ist „Die Zentrale, A. K. Theodor Watschky“. In dem Schreiben wird die „Zentrale“ auf ein bereits früher ergangenes Rundschreiben hin, welches in Vorschlag brachte, daß beim Aufstellen der Kandidatenliste eine Verständigung mit dem USPD-Metallarbeitern über eine gemeinsame Liste nur da herbeiführt werden könne, wo die Verhältnisse das Aufstellen einer eigenen Kandidatenliste nicht gestatten! Aber auch hierbei sei die größte Vorsicht am Platze!

In dem Rundschreiben wird dann in tendenziöser Weise dargelegt, daß durch „das hinterhältige Verhalten“ der Berliner USPD-Kollegen die Verständigung zur Aufstellung der gemeinsamen Liste nicht erfolgte. Aus der Tatsache, daß nach den abgeleiteten Verhandlungen mit der SPD, die USPD mit den KPD-Metallarbeitern eine gemeinsame Liste aufstellte, zieht die „SPD-Zentrale“ den Schluß, daß die Berliner Unabhängigen Amterden verraten“ hätten. Wirklich heißt es dann: „Aus diesem Grunde müssen alle von Gefährten diffidieren Nachrichten beseitigt werden und in allererster Linie die Wahl von unseren Genossen durchgeführt werden.“ Zum Schluß wird aufgefodert, nach vollzogener Wahl die Wahlresultate schnellstens an die Adresse der „Zentrale“ zu übermitteln.

Dieses Schreiben spricht eine sehr deutliche Sprache. Die SPD lehnt es ab, mit den kommunistischen „Zellen-

Bauern" zusammen zu gehen, sie selbst gründet jedoch innerhalb einer Organisation eine „Zentrale“, was natürlich mit Zentralisierung nichts zu tun hat. In einer Gegenüberstellung des Fraktionsvorsitzendes der USPD, Metallarbeiter Berlin, wird festgestellt, warum die Verhandlungen mit der SPD scheiterten. Es wird darin festgestellt, daß in einer innerfraktionellen Besprechung Heberichsentscheidung erzielt wurde, um eine gemeinsame Voranschlagsliste für alle drei Richtungen aufzustellen. Alle Beteiligten verweigerten sich, in ihren Fraktionen dafür einzutreten. Später teilten dann die Rechtssozialisten mit, daß sie auf dieser gemeinsamen Voranschlagsliste nicht kandidieren, weil sie aus Prinzip mit den Zellenbauern nicht zusammengehen können. Hiernach blieb den USPD-Genossen nichts weiter übrig, als in der am anderen Tage stattfindenden Generalversammlung eine gemeinsame Liste mit der SPD aufzustellen. So ist der einfache Sachverhalt.

Wenn die Rechtssozialisten jetzt verkünden, die USPD hätte Amsterdam verraten, so geschieht das lediglich zu Zwecken der Wahlpropaganda. Auch wollen sie damit das Zusammengehen der drei Richtungen im Reich verhindern. Unsere Genossen werden dafür das nötige Verständnis zelaen und dies bei den Wahlen zum Gewerkschaftskongress zum Ausdruck bringen.

Am Montag, dem 8. Mai 1922, nachmittags von 1 bis 6 Uhr, findet die Wahl der Delegierten zum Leipziger Gewerkschaftskongress bei den Kleinen Metallarbeitern statt. Die Genossen sind verpflichtet, ihre Stimme für die folgenden Kandidaten der USPD abzugeben:

- | |
|--|
| Albrecht, Karl, Betriebsrat d. Firma Goerz (Obmann),
Bomke, Fritz, Bezirkst. v. 21. Bez.,
Brandt, Fritz, Betriebsrat der Firma Bergmann-Rosenthal,
Bredow, Robert, Branchenleiter der Metallformer,
Glabusch, Frida, Arbeiterinnensekretärin,
Groschmann, Willi, Betriebsrat,
Jantke, Franz, Betriebssekretär,
Janitschke, Otto, Betriebsrat,
Knoor-Drause,
Kögler, Hans, Gesamtbetriebsrat des Siemens-Konzerns,
Pinit, Max, Betriebsrat der AGF-Werke Hennigsdorf,
Roth Franz, Vors. d. Gesamtbetriebsrat d. AGF-Konzerns,
Schmalt, Willi, Betriebsrat der AGF-Turbinenfabrik,
Ulrich, Max, Bevollmächtigter,
Wigand, Franz, Stellv. Branchenleiter d. Werkzeugmacher,
Zippel, Paul, Bezirksleiter, Charlottenburg,
Ziska, Otto, Bevollmächtigter. |
|--|

Gegen Verschlechterung des Beamtenrätegesetzes Wahlbeteiligung wird abgelehnt

Eine auf beachtliche Funktionär-Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten am 3. Mai in Havellands Festhallen beschickte sich mit den geplanten Neuwahlen zu den Beamtenausschüssen. Krndt versuchte unter harten Mißfalläußerungen die Haltung des Beamtenbeirats zu verteidigen, der sich für Neuwahlen unter Quarantänelegung der Bestimmungen des Amtsblasses 35 ausgesprochen hatte. Er wies auf einige kleine Verbesserungen hin und forderte die Wahlbeteiligung, um nicht den gegenüberliegenden Gewerkschaften, insbesondere dem Verkehrsband, die Vertretung zu überlassen. Unter starkem Beifall konnte der Korreferent Krndt die Ausführungen widerlegen. Das Beizienliche an einer Beamtenvertretung ist nicht der Wahlmodus, sondern die Aufgaben und Befugnisse. Mit den Bestimmungen des Amtsblasses 35 können die Postbeamten keine Macht erringen. Es ist geradezu ein Hohn, wenn der Dienstvorarbeiter die Versammlungen einberuft und sie auch leiten soll. Schon jetzt sind in vielen Fällen Maßnahmen von Aufsichtsmittelladern erfolgt, nach dem neuen Gesetz wird sich niemand finden, der wirklich die Interessen der Beamten vertreten kann. Den Höhepunkt erreicht § 45, der die Ausschüsse verpflichtet, sich über persönliche Dienstangelegenheiten einzelner Beamten auf Erfordern der Dienstvorgesetzten zu äußern. Jeder Vertreter der Beamtenschaft möchte damit zum Denunzianten an seine Wähler werden. Da die Annahme des Gesetzes und Wahlbeteiligung nicht nur das Beamtenrätegesetz, das zurzeit beraten wird, sondern auch zur Verschlechterung des Gesetzes für die Eisenbahner führen wird, so ist überall die Wahlbeteiligung strikt durchzuführen. In der Debatte wandten sich alle Diskussionsredner entschieden gegen eine Wahlbeteiligung unter diesen unannehmbaren Bedingungen.

Genosse Hofmann (USPD.) gab Einzelheiten aus den Beratungen bekannt, bei denen die Vordirektoren nur einmal bei der Verteilung der besonderen Direktoren-Ausschüsse antraten. Wieder ist der Versuch gemacht worden, den alten Klassenkants aufrechtzuerhalten. Die geforderte Gruppenwahl muß entschieden bekämpft werden. Gen. vom Verkehrsband teilte noch mit, daß kein offizieller Vertreter des Bundes an den Verhandlungen teilgenommen habe und dieser auch die Beteiligung an der Wahl ablehnen wird.

Nachdem Krndt im Schlusswort vergeblich versucht hatte für die Beteiligung an der Wahl Stimmung zu machen, fand eine Resolution einstimmig Annahme, die sich gegen die Wahlbeteiligung ausspricht.

Buchdrucker zum neuen Lohnabkommen

Die Berliner Buchdrucker tagten letzten Mittwoch in der „Neuen Welt“, um Stellung zum neuen Lohnabkommen zu nehmen. Albrecht, der 2. Vorsitzende, erhaltete einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern, die sich den Arbeitervertretern gegenüber sehr provisorisch benahmen. Da die Verhandlungen scheiterten, wurde das Reichsarbeitsministerium angerufen, das folgenden Schiedsspruch fällte.

Für den Monat Mai soll den Gehilfen dieselbe Zulage wie für April gewährt werden, die sich bei Verheirateten über 24 Jahre 100 Mt., für Ledige 154 Mt., für Verheiratete von 21 bis 24 Jahren 153 Mt., für Ledige 147 Mt., für Verheiratete unter 21 Jahren 142 Mt., für Ledige 196 Mt., für Reuungsgelernte 120 Mt. beträgt.

In der letzten Woche des Monat Mai sollen neue Verhandlungen stattfinden. Albrecht empfahl zum Schluss die Annahme des Abkommens. Aus der Mitte der Versammlung wurde ein Antrag eingebracht, das Abkommen abzulehnen und für die Berliner Buchdrucker in drückende Verhandlungen mit den Prinzipalpartnern einzutreten. Genosse Friederich trat für die Ablehnung des Abkommens ein und schloß sich dem oben genannten Antrag an. Zunächst wurde über die eingebrachte Resolution unter großer Unruhe der Versammlung abgestimmt, die abgelehnt wurde, während das Lohnabkommen unter großem Widerspruch der Ver-

sammlung Annahme fand. Ein großer Teil der Versammlung zweifelte das Abstimmungsresultat an. Der Versammlungsleiter Braun schloß jedoch unter Protest der Opposition die Versammlung.

Die lange noch werden sich die Berliner Buchdrucker-gehilfen eine solche Behandlung durch den rückständigen, bürokratischen Berliner Vorstand gefallen lassen?

Schupo im Dienste der Arbeitgeber

Zum Streik in der Blumen- und Federn-Industrie
Wir berichteten bereits über obigen Streik. Das Organ der Unternehmer „Der Konfessionär“ erklärt in einer Stim-mungsnotiz, daß sich die Streikenden stark ins Unrecht gesetzt hätten und daß sie den Streik ohne Urabstimmung beschlossen hätten. Demgegenüber ist zu erklären, daß die Arbeitnehmer selbst wissen, in welcher Form sie ihre Entschlüsse zu fassen haben. Der Streik ist übrigens in allgemeiner Abstimmung in einer Gruppenversammlung mit überwältigender Majorität beschlossen worden. Die erbärmlichen Löhne für Koch-arbeiterinnen von etwa 337-370 Mark mögen der Deffektivität zeigen, wie aut bzw. wie schlecht die Arbeiterinnen in diesen Berufen bezahlt werden.

Natürlich darf auch in diesem Streik unsere tüchtige „Schupo“ nicht fehlen. Auf eine dreifache Lage hin sind einem Arbeitgeber 10 Schupo-Beamte zur Verfügung gestellt worden! In einem anderen Betriebe hat ein Schupo-Beamter Arbeit gebracht und auch Arbeit wieder mitgenommen, angeblich für seine eigene Frau. Von verschiedenen Betrieben wird uns ferner berichtet, daß die Schupo-Beamten den Streikposten verbieten, die Arbeitswilligen auf den Streik aufmerksam zu machen, mit der Drohung, sie evtl. zu verhaften.

Der Streik geht aber weiter und alle Heimarbeiterinnen werden dringend ersucht, den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen. Die Arbeitgeber haben sich auch den üblichen Trick der Entlassung angewendet, unter Hinweis auf den § 123. Aber auch dadurch werden die Streikenden keineswegs mangelmütig werden, sondern bis zum endgültigen Sieg aushalten.

Schiedspruch im Bankgewerbe angenommen

In den Nachverhandlungen über den Schiedspruch im Bankgewerbe kam es am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium zu einer Einigung. Die Verpflichtung zur Ueberstundenleistung wurde von den Banken fallen gelassen. Die finanziellen Forderungen der Bankangehörigen sind nicht rechtlos erfüllt worden. Jedoch wurde eine Verbesserung der Gehaltsätze erreicht, und zwar insgesamt um 20 Proz. für April und Mai mit der Maßgabe, daß 10 Proz. bis zum 15. Mai zusammen mit der Abschlußparität für 1921, und die restlichen 10 Proz. bis Ende Mai ausgezahlt werden sollen. Die neuen Verhandlungen sollen bis spätestens 10. Juni beginnen.

Eine Abstimmung über die gestern getroffene Vereinbarung überträgt sich, nachdem beide Parteien durch ihre bevollmächtigten Vertreter die Annahme der Neuordnung offiziell erklärt haben.

Wähler zum Gewerkschaftskongress

Die Wahlen finden am Sonntag statt. Die Bedeutung derselben nochmals hier zu besprechen, erübrigt sich für unsere Genossen. Folgend ist aber: Auf zur Wahl! Wer ist zu wählen? Männer, welche auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen. Wer ist dies nicht? Die Kommunisten, da sie Zellenbauer sind und die Gewerkschaften zerstückeln wollen. Darum wählt keine Kommunisten und wählt auf den Stimmbügel als erste: Topp-Rudolfstadt, Meitin-Galle, Riegel-Berlin, da diese nur Diener von Moskau sind.

Bekleidungsarbeiter zum Verbandstag

Die am 4. Mai in der Brauerei Friedrichshain stattgefundene Generalversammlung der Bekleidungsarbeiter nahm zum Gewerkschaftskongress und Verbandstag Stellung. Lehmann erläuterte die gestellten Anträge und wies darauf hin, daß besonders die Schaffung von Industrieverbänden und die Errichtung einer gewerkschaftlichen Bankzentrale eine der Hauptaufgaben des Kongresses sein muß. Der Verbandstag wird zu der Tätigkeit des Hauptvorstandes Stellung nehmen müssen und sich mehr als bisher für die Schulung der Betriebsräte, Erweiterung ihrer Rechte, und Schaffung von Jugendabteilungen einsetzen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde den dementsprechenden Anträgen zugestimmt und folgende Forderung aufgestellt: Eine Aenderung in der Wahl der Vauleiter, des Beirats und Schaffung einer Fachbeilage zum „Bekleidungsarbeiter“ an Stelle der besonderen Fachzeitung.

Im Schlusswort zeigte Gen. Lehmann die Logik der Kommunisten, die in allen Fällen gegen die Ortsverwaltung Sturm laufen, gegen Arbeitsgemeinschaften sind, aber zu gleicher Zeit Kollektivverträge fordern!

Zur Neuwahl der Ortsverwaltung wurde ein Antrag angenommen, der die Verhältniswahl vorschlägt. Die Listen sind innerhalb 8 Tagen einzureichen.

USPD, Metallarbeiter! Heute, Sonnabend, nachmittags 5½ Uhr, Versammlung familiärer USPD-Metallarbeiter in der Böhms-Brauerei, Prenzlauer Berg. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen unbedingt notwendig. Partei- und Gewerkschaftsausschweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Dachdecker und Berufslosen! Ab 2. Mai 1922 beträgt der Stundenlohn für den Dachdecker 26,00 Mark, den Hilfsarbeiter 25,00 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt 19,00 Mt. Der Vorstand.

Gewerkschaftliches Jugendwochenfest. Die Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten veranstaltet am Sonntag, den 7. Mai, in Kaulsdorf Süd, Bahnstation Sedowa beim Restaurant Sansouci ein Wochenfest, Beginn 4 Uhr. Alle kaufmännischen Lehrlinge und jugendlichen Angestellten müssen mit ihren Eltern an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Bezeichnung. In unserem nächsten Artikel „Zum 24-jährigen Protektstreik“ muß es selbstverständlich statt „Tausende von Protektresolutionen“ heißen „Tausende von Protektresolutionen“.

Parteiveranstaltungen Sonnabend, den 6. Mai.

13. Verwaltungsbereich (Tempelhofer), Marienthor, Marienthor, Eichenrode). Die heutige Funktionärvers. findet nicht im Lokal von Rausch, sondern in der Schulstraßen Marienthor, Königstraße, statt. Beginn pünktlich 7½ Uhr.
4. Bezirk (Witten). Heute 7½ Uhr, bei Kaufhof, Galmische 20a, wichtige Vorstandssitzung mit Stellvertretern und Kommissionsmitgliedern.
5. und 6. Bezirk. Heute kein Material für die Eisenbahnermänner den Schul-Obstern des 2. Bezirkes, Wilhelmshagen-Str. 48, abgeholt werden.
7. Bezirk. 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Brüder, Paulstraße 10.
19. Bezirk (Krenzberg). 2. Abteilung. Abends 7 Uhr, Sitzung aller Bezirksführer-Stellvertreter und Kommissionsmitglieder, bei Reichelt, Südseite Str. 44.
19. Bezirk Königsrüdenhausen. Abends 7 Uhr, findet in Königsrüdenhausen der Frau, Berliner Straße 18, eine Bezirkskonferenz statt. Referat über das Programmprogramm. Referent Genosse Seger-Berlin. Verschieben.

Montag, den 8. Mai.

5. Verwaltungsbereich, 17. Bezirk. Abends 7 Uhr, Bezirks- und Gesamtkonferenz in der Grauen Schul, Rigauer Str. 51. Alle Funktionäre müssen dringend erscheinen.
- Verwaltungsbereich 15, Weißensee. Abends 7 Uhr, Grünen Raum, Bezirkskonferenz. Die gesamten Funktionäre sind verpflichtet, teilzunehmen. Voraussichtl. am 10. Mai, abends 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Generalversammlung. Die Gruppenführer eruchen die eine zu laden.
19. Verwaltungsbereich (König. Panitzsch). 7 Uhr abends findet bei Vater, Wühlstraße 12, eine Funktionärkonferenz statt. Sämtliche neugewählten Funktionäre haben zu dieser Sitzung pünktlich zu erscheinen.
- Verkehrs-Bereich, 1. Bezirk, abends 7 Uhr, Funktionär-Sitzung, bei Baum, Schulstraßen 47. Wichtige Tagesordnung. Vorgesetzte erscheinen notwendig.
2. Bezirk. Konferenz bei Scheidauer, 6 Uhr. Engere Vorstandssitzung bei Scheidauer.
8. Bezirk. Abends 7 Uhr, Bezirkskonferenz bei Klinge, Geierstraße. Jeder Bezirk muß vertreten sein.
9. Bezirk. Bezirkskonferenz, Ullricher Straße 25, bei Klinge, abends 7 Uhr.
16. Bezirk und Straßen. Funktionär-Konferenz, abends 7½ Uhr, bei Kollmann, Berggasse 17. - 7. Abteilung am Witthuch, den 10. Mai, abends 7 Uhr, gemeinschaftlicher Jahrestag bei Grün, Friedrichstr. 50.
19. Bezirk (Krenzberg). Abends 7 Uhr, Funktionär-Konferenz, bei Raabe, Reichstraße.
- Blindenberg-Bez. Bezirksabstimmungssitzung, 7 Uhr, bei Tempel, Friedrichstraße. Beginn 6 Uhr. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Vereinskalender Sonnabend, den 6. Mai.

Freie Lehrer-Gewerkschaft. Beschäftigung um 7 Uhr, im Rathhaus, Zimmer 109. Nach der Tagesordnung: Reichshaus/Gewerkschaft, Lehrerzeitung.

Sonntag, den 7. Mai.

Arbeiter-Mittelstand-Bund, Ortsgruppe Berlin. Ausflug nach dem „Gr. Genth.“. Treffpunkt: 8 Uhr, Bahnhof Grunewald.
Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion V. - Industrie-Arbeiter. - Vormittags 9½ Uhr, im großen Saal der Kaiserin Friedrichsdahn, Sektion-Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Wahltag der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 2. Stellungnahme zu dem neuen Lohnabkommen sowie zur Schließung des Nachvertragens in der Metallindustrie. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 8. Mai.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Vormittags 4¼ Uhr, im Gewerkschafts-Haus, St. Pauli, Engel-Lufer 24/25, Branchenversammlung aller in Buchbinderei und Buchdruckerei beschäftigten. Tagesordnung: Bericht von den Vorstandsarbeiten.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Branche 12. Reichsbetriebe und Reichsbewirtschaftungen. Abends 7 Uhr, Hauptversammlung aller Ortsgruppen der Branche 12, bei Mohr, Linienstraße 202. Erscheinen aller Ortsgruppen unbedingt Pflicht.
Internationaler Bund der Arbeiter, Ortsgruppe NW 1, NW 2 und Westend, abends 7 Uhr, gemeinsame Mitglieder-Versammlung in „Arthur Hof“, Feuerbergr Straße. Wichtige Tagesordnung.

Arbeiterfest

Arbeiter-Nachfahrer-Bund, Ortsgruppe Berlin. Fest am Sonntag, den 7. Mai. 1. Abg.: Straubler, Start 8 Uhr, 2. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 3. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 4. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 5. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 6. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 7. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 8. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 9. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 10. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 11. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 12. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 13. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 14. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 15. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 16. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 17. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 18. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 19. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr, 20. Abg.: Geller, Start 8 Uhr, nachmittags Fernau, Start 1 Uhr.

Jugendbewegung

Reinhold-Bez., Wanderung der USPD-Jugend nach Berber. Treffpunkt: Eichhornstr. Bahnhof, vormittags 8½ Uhr, Abfahrt 9 Uhr.
SWP. Gruppe Vossgraben Berg. Treffpunkt zur Fahrt nach Vossgraben (Waldsee) 7 Uhr, Bahnhof Sedow, heute, gegenüber Untergrundbahn. - SWP. Gruppe Reichthaler Vorstadt. Treffpunkt zur Fahrt nach Vossgraben zur Waldsee, 7 Uhr, am Reichthaler Vorstadt.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kays, Berlin; für den Anzeigen- und geschäftlichen Teil: August C. Sauer, Berlin. - Verlags-Gesellschaft „Freiheit“ C. S. u. S. Berlin. - Druck von Gehring & Reimer, C. S. u. S. Berlin, C. S. u. S., Ritterstraße 75.

M. SCHULMEISTER

Kottbuser Tor
Herrenanzüge M. 1575-3500
Herrenschlupfer M. 1450-3000
Regenmäntel

Bei allen Nervenschmerzen
Wie Kopf-Brust-Rücken-Kreuzschmerzen, ist beseitigt

Nerven-Oil

in Apotheken / Apotheken / Apotheken
A. Dorfschäfer & Co. Nachf. GmbH, Bad Godesberg.

Hauptniederlage für Berlin:
Elefanten-Apotheke SW, Leipziger Str. 74

Café

Tempel schmeckt vorzüglich, wenn mit Cäffee gelöst. Der feine Cäffee schmeckt und gelöst. Die überschüssige Säure gebunden.

Cäffee ist gut, billig und bestimmt.
Schließlich in Kolonialwaren, Drogerien, Bäckereien und Apotheken.

Altmetalle, Kupfer

Messing, Blei, Zink usw. kauft
Metall-Verwertung
En gros - Detail.

Volks-Reise-Verband

Geschäftsstelle:
Neukölln, Münchener Straße 53

Ferien - Fahrten 1922

20. - 27. Mai: Odenwald und Neckartal
20. Juli - 6. Aug.: Piesitz und Kurort
5. - 12. Aug.: Schwabens- und Bodensee
Weniger Reisen in Vorbereitung.
Nur schriftliche Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle. - Rückporto ist beizulegen.
„Der Reisegenosse“ ist erschienen, Einzelst. 3.-M., Mitgl. kwstr., Monatsbeitr. 2.-, Einschr. 10.-M.

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9